



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

**Neue Hotline
für Leiharbeiter**

LEBEN

SEITE 20

**Private E-Mails
am Arbeitsplatz?**

ARBEIT

SEITE 23

**Für alle: Akademie
der Arbeit**

BEZIRK

SEITE 28



Wirtschaft in Not

Der Aktionsplan

THEMEN IM HEFT



Foto: Gio / fotolia.com

Der Rettungsplan

Tausende in Kurzarbeit, erste Pleiten – was kommt als nächstes? Schon im Sommer drohen Massenentlassungen. Politiker dürfen nicht tatenlos zusehen, wie sich die Krise zum Flächenbrand ausweitet. Sie müssen die Brände im Keim ersticken. Die IG Metall fordert darum unter anderem neue Programme, um die Konjunktur zu beleben. Und einen staatlichen Hilfsfonds für Firmen in Not: Wenn Arbeitsplätze anders nicht zu retten sind, soll der Staat sich an Unternehmen beteiligen. **SEITE 10 BIS 13**

Titelfoto: Stefan Müller / fotolia.com



Foto: PR

Neue Hotline für Leiharbeiter

Unzufrieden mit dem Arbeitszeugnis? Probleme mit dem Verleiher? Die IG Metall bietet jetzt ihren Mitgliedern Beratung am Telefon. **SEITE 5**



Foto: mapoli-photo / fotolia.com

Abgesichert alt werden

Gewerkschaften kämpfen für neue Regeln in der Rentenversicherung. Die IG Metall hat die fünf wichtigsten Maßnahmen formuliert. **SEITE 8**



Foto: Mitsubishi

Elektro-Flitzer aus Japan

Vielleicht tanken wir in 20 Jahren alle an der Steckdose. Die ersten Elektroautos gehen in Serie. Sind die umweltfreundlicher? **SEITE 25**

Anzeige

BETRIEBSRATSQUALIFIZIERUNG

 **DGB BILDUNGSWERK BUND**

Krisenhilfe



Sonderprogramm mit wertvollen Infos unter:
www.betriebsratsqualifizierung.de

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber:
Berthold Huber,
Detlef Wetzels, Bertin Eichler

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 0800-446 38 25
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund (sro)

Chefin vom Dienst:
Ilka Grobe (ig)

Redaktion:
Dirk Erb (de), Martina Helmerich (mh),
Sylvia Koppelberg (syk), Fabienne
Melzer (fam), Antonela Pelivan (ap)

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Beate Albrecht, Marion Brunsfeld

Im Internet:
www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb:
Reinhold Weißmann
Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Patricia Schledz
Telefon: 06151-81 27-200
Fax: 06151-89 30 98
E-Mail: schledz@zweipius.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus Alt-
papier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Aktuelle Kampagne**
Beschäftigtenumfrage: Drei Minuten für ein gutes Leben
- 5 **Anrufen!**
Leiharbeiter können sich direkt beraten lassen.
- 5 **Gute Nachrichten**
Steckdose für Elektroautos
Erfolgreiche DGB-Radtour
- 5 **Schlechte Nachrichten**
Leiharbeit als Druckmittel
Chefs darf man nicht schlagen.
- 6 **Europa-Serie Teil 3**
Warum gerade Arbeitnehmer wählen gehen sollten
- 7 **35-Stunden-Woche**
Seit 25 Jahren gibt es sie
- 7 **Tarifvertrag Stahlindustrie**
Mehr Geld, Altersteilzeit weiterhin möglich und Übernahme der Azubis sicher
- 8 **In Kürze**
- 8 **Rund um die Rente**
Renten-Expertin Simone Leiberer im Interview
- 9 **Metaller unter Beschuss**
Bei Doppstadt Calbe werden erneut Metaller gekündigt.
- 9 **Die Pflaume des Monats**
Lidl macht sich unbeliebt.

TITEL

- 14 **IG Metall-Plan gegen die Krise**
Wenn die Industrie und die Arbeitsplätze in Deutschland eine Zukunft haben sollen, muss die Politik sofort Lehren aus der Krise ziehen. Die IG Metall hat dazu Vorschläge.

REPORTAGE

- 14 **Aktionen gegen die Krise**
Überall kämpfen Beschäftigte gegen Werkschließungen und Entlassungen. Beispiele: Heidelberger Druck, Arcelor, Mahle, Thyssen-Krupp und Knippschild.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe und Leserfoto**
- 17 **Das Leben als Leiharbeiter**
Ein Leiharbeiter von Audi erzählt, was gerade los ist.
- 18 **Schulden vermeiden**
Antworten auf wichtige Fragen rund um das Thema Schulden
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Andrea Röpke über ihre Arbeit gegen Neonazis
- 20 **Recht so!**
Darf man am Arbeitsplatz private E-Mails schreiben?
- 20 **Guter Rat:**
Achtung: Steuernachzahlung bei Kurzarbeitergeld möglich
- 21 **Rätsel**

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Echte Solidarität in der Firma Casar
- 23 **Akademie für Arbeit**
Ein Jahr studieren
- 23 **Das gute Produkt**
Stehhilfen als Alternative zum normalen Bürostuhl
- 24 **In Kürze**
- 24 **Tipps für den Job**
Die richtige Ernährung
- 25 **Schüler informieren sich**
Eine Schulklasse besucht die IG Metall.
- 25 **Elektroautos**
Stoff aus der Steckdose: die Elektroautos kommen.
- 26 **Ingenieure und Informatiker**
Gewerkschaften sind beliebter als man denkt.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Transfer-Kug
- 27 **Die Zahl**
Frauen verdienen weniger.
- 27 **Karikatur: Biggi Stahl**

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**

MUT IST GEFRAGT



Foto: Gaby Gerster

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über mutige Politik und Ewiggestrige, die auch dann noch die alten Markt-Ideologien vertreten, wenn diese längst gescheitert sind

Nur entschlossene Politik kann die Krise überwinden

Die Zeit wird knapp. Wir brauchen gezielte Maßnahmen gegen die Krise. Ein Konjunkturpaket III muss Arbeitsplätze sichern.

Manchmal steckt viel Wahrheit in nüchternen Zahlen. Über 50 Jahre lang sind die Arbeitslosenzahlen im Frühjahr immer gesunken. Im Jahr 2009 sind sie gestiegen. Die Krise ist da, auch wenn weite Teile der Bevölkerung ihr ganzes Ausmaß noch nicht am eigenen Leib spüren. Das ist trügerisch, denn die große Welle kommt noch. Wenn nicht entschlossen eingegriffen wird, stehen hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Politik muss handeln, solange noch Zeit ist.

Das Modell des ungezügelter Kapitalismus ist dagegen gescheitert – mit verheerenden Folgen! Umso absurder ist die Reaktion derjenigen, die uns in diese Situation gebracht haben. Ein Wort der Entschuldigung? Fehlanzeige. Es gibt auch keinen einzigen sogenannten Experten, der einräumt, in den letzten Jahren vielleicht doch die falschen wirtschaftspolitischen Vorschläge gemacht zu haben. Ganz im Gegenteil. Die Marktradikalen schlagen immer verzweifelter

ihre ideologischen Schlachten von gestern und wehren sich unbeirrt gegen jede Form direkter staatlicher Unterstützung. Genau darum geht es aber! Die Politik darf sich jetzt nicht darauf beschränken, die Finanzmärkte zu unterstützen und zu regulieren. Sie muss auch das Herzstück der deutschen Wirtschaft, die Industrie, mit allen Mitteln schützen.

Sind Betriebe erst einmal geschlossen, gehen Qualifikationen und Spezialwissen für immer verloren. So weit darf es nicht kommen. Die IG Metall fordert deshalb unter anderem einen 100-Milliarden-Rettungsfonds für bedrohte Unternehmen. Um ihn zu finanzieren, müssen Spitzeneinkommen und große Vermögen belastet werden. Die Vorschläge der IG Metall für ein Konjunkturpaket III liegen auf dem Tisch. Jetzt liegt es an den Politikern, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das beste Mittel gegen die Krise ist eine Mischung aus Entschlossenheit, Weitsicht und Mut.

Berthold Huber

Überblick: die Artikel zur Krise

Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben« **SEITE 4**
Leiharbeit, Telefonhotline und Erfahrungsbericht **SEITE 5 UND 17**
Die Forderungen der IG Metall **SEITE 10**
Wie Metaller sich wehren **SEITE 14 UND 22**

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN

Drei Minuten für eine gute Tat

Die Befragung im Rahmen der Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben« läuft auf Hochtouren. Deutschlandweit wurden schon zigtausend Fragebögen ausgefüllt. Metaller und Nicht-Metaller wollen der Politik endlich mal die Meinung sagen. Denn: Jede Stimme zählt und erhält einen Euro.



Foto: Marcus Richter

Auch im VW-Motorenwerk in Chemnitz werden Stimmen für ein gutes Leben gesammelt. Die Betriebsräte Horst Richter, Christian Naumann, Olaf Glöckner und René Utoff (von links nach rechts) machen mit.

Gunter Hartmann und die Betriebsräte von VW Sachsen in Chemnitz haben ein ehrgeiziges Ziel: Mehr als 1000 Fragebögen wollen sie ausfüllen lassen. »Ein paar Minuten für ein besseres Leben – soviel Zeit muss sein«, sagt Metaller Hartmann. Und in der Tat: Kolleginnen und Kollegen, Festangestellte, Leiharbeiter, Metaller und Nicht-Metaller – sie alle füllen den IG Metall-Fragebogen aus. »Ist doch klar warum, sie wollen ihre Meinung sagen«, erklärt Hartmann.

Die Befragung der IG Metall läuft auf Hochtouren. Wenige Monate vor der Bundestagswahl hat die IG Metall ihre Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben« mit einer bundesweiten Arbeitnehmerbefragung gestartet. »Wir wollen die Themen in den Vordergrund rücken, die für die

Menschen gerade in diesen schwierigen Zeiten von Bedeutung sind«, sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel. »Die Krise ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist das Ergebnis einer Politik, bei der die Interessen der Menschen jahrelang im Hintergrund standen.«

Das muss sich ändern. Die Gesellschaft braucht ein neues Leitbild. Und deshalb ist die Meinung hunderttausender Menschen so wichtig. Ihre Antworten dürfen nicht ungehört bleiben.

Mit der Befragung will die IG Metall den Beschäftigten eine Stimme verschaffen. Die Ergebnis-

se sollen Anfang Juli veröffentlicht werden und mit Bundestagsabgeordneten diskutiert werden. Außerdem werden die Ergebnisse eine zentrale Rolle bei der künftigen Arbeit der IG Metall spielen.

Ob in Chemnitz oder in Dortmund, ob im Betrieb, an der Uni oder auf der Straße. Jetzt gilt es Stimmen für ein gutes Leben zu sammeln. »Die Menschen, die wir ansprechen, füllen den Fragebogen mit Begeisterung aus und freuen sich über die gute Tat, die sie damit auch noch tun«, sagt Ulrike Kletezka von der IG Metall in Dortmund. Kein Wunder, denn für jeden ausgefüllten Fragebogen erhalten die Verwaltungsstellen der IG Metall einen Euro für ein soziales Projekt. Kletezka: »Wir spenden das Geld an die Dortmunder Tafel.«

Der zweiseitige Fragebogen will wissen, was alles zu einem guten Leben gehört. Wie wichtig ist ein sicherer Arbeitsplatz, wie steht es um die Mitbestimmung oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie? Welche Erwartungen stellen die Beschäftigten in der Krise an die Wirtschaft? Und was muss die Politik tun?

Unterstützt wird die Umfrage von dem IG Metall-Truck. Der wird in den nächsten Monaten rund 150 Städte anfahren, Fragebogen verteilen und über die Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben« informieren. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Metaller werben Metaller

Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise sind starke Gewerkschaften wichtiger denn je. Nur wenn viele Beschäftigte Mitglied der IG Metall sind, können sie sich im Betrieb gegen Willkür der Arbeitgeber wehren. Nur gemeinsam kann etwas erreicht werden. Um so wichtiger ist es, gerade jetzt neue Mitglieder zu werben. Und die besten Werber sind Metallerinnen und Metaller selbst.

In dieser **metallzeitung** liegt ein Brief vom Zweiten Vorsitzenden Detlef Wetzel. »Ich bitte jedes Mitglied um seine Unterstützung«, fordert Wetzel darin. »Nichtmitglieder zu werben ist ein Vorteil für alle.« Ein kleines Dankeschön für jedes geworbene Mitglied im Wert von 15 Euro gibt es auch: zum Beispiel einen Baumarkt-Gutschein, Kinokarten oder eine Tankfüllung. Die Aktion läuft bis zum 30. August 2009.

In der April-Ausgabe lag der metallzeitung ein Fragebogen bei. Wer ihn noch nicht ausgefüllt hat, oder für Freunde und Verwandte mehr braucht, kann sie bestellen unter:

► metallzeitung@igmetall.de

Mehr Infos zur Kampagne und auch zum Online-Fragebogen:

► www.gutes-leben.de

Hotline für Leiharbeiter: Bei Fragen – anrufen!

Es gibt viele Fragen zur Leiharbeit. Hier eine Auswahl, die der IG Metall gestellt werden. Mehr Antworten gibt es bei der Hotline.

Leiharbeitnehmer: Meine Abrechnung ist unverständlich oder falsch, was muss ich tun?

metallzeitung: Die IG Metall prüft sie und klagt Ansprüche notfalls ein. Als Mitglied hast Du Anspruch auf Arbeitsrechtsschutz.

Leiharbeitnehmer: In meinem Arbeitszeugnis wimmelt von seltsamen Formulierungen? Kann ich ein neues verlangen?

metallzeitung: Wir checken Dein Zeugnis und setzen uns für eine gerechte Bewertung ein.

Leiharbeitnehmer: Von wem kann ich meinen Vertrag prüfen lassen?

metallzeitung: Komm zu uns! Wir überprüfen die Rechtmäßigkeit und klären mit Dir die Vereinbarungen in Deinem Vertrag.

Leiharbeitnehmer: Ich habe eine Kündigung erhalten. Jetzt verstehe ich die Welt nicht mehr.

metallzeitung: Wir prüfen für Dich, ob die Kündigung gerechtfertigt ist und gewähren Rechtsschutz und klagen für Dich beim Arbeitsgericht.

Leiharbeitnehmer: Ich habe einen neuen Einsatzort. Auf was muss ich nun achten?

metallzeitung: Wir kennen viele Betriebe und können den Kon-

takt zum Betriebsrat des Einsatzbetriebes herstellen oder Dich mit Hintergrundinformationen versorgen.

Leiharbeitnehmer: Ich bin arbeitslos und die Arge stellt sich quer.

metallzeitung: Wir unterstützen Dich bei Streitigkeiten. Als Mitglied hast Du Anspruch auf Beratung und Sozialrechtsschutz.

Leiharbeitnehmer: Wie hoch ist denn mein Mitgliedsbeitrag, wenn ich arbeitslos bin?

metallzeitung: Bei Arbeitslosigkeit beträgt der Beitrag 1,53 Euro pro Monat – alle Leistungen bleiben selbstverständlich erhalten.

Noch mehr Fragen? Bitte anrufen. Der Anruf kostet nur sechs Cent – die restlichen Gebühren übernimmt die IG Metall. Egal wie lange das Beratungsgespräch dauert. Du sprichst ausschließlich mit Mitarbeitern der IG Metall, die über ein fundiertes Wissen verfügen und eine kompetente Beratung gewährleisten. Es kommt kein externes Callcenter zum Einsatz und Diskretion ist für uns natürlich selbstverständlich. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Mehr Infos zur Hotline unter:

► www.igmetall.de

HOTLINE WIR HABEN ANTWORTEN

Für Leiharbeitnehmer, die Mitglied bei der IG Metall sind, gibt es jetzt ein Beratungstelefon. Neben der neuen Hotline stehen alle Verwaltungsstellen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Eine ist auch in Deiner Nähe.

Die Hotline ist erreichbar:

Montag, Dienstag, Donnerstag 10 bis 16 Uhr

Mittwoch 10 bis 18 Uhr

Freitag 9 bis 12 Uhr

01802 – 222206

Foto: Alex Kalmbach / fotolia.com

GUTE NACHRICHTEN

Elektrostecker für Autos

Energieunternehmen und Autohersteller haben sich auf einen Normstecker geeinigt, mit dem das Elektroauto der Zukunft aufgetankt werden soll. Geplant ist eine dreiphasige Lösung, die bei 400 Volt und bis zu 63 Ampère arbeitet. Vorgestellt wurde das System, auf das sich die 20 größ-

ten Branchenvertreter geeinigt haben, auf der Hannover Messe.

Der Vorteil des neuen Steckers: seine hohe Ladegeschwindigkeit. Der Nachteil für bereits bestehende Stecker: Neue Anschlüsse werden nötig. Mehr zum Thema Elektroauto gibt es auch auf Seite 25. **sro**

DGB Radtour: Erfolgreich Gestrampelt

Am 4. April kamen alle 20 DGB-Radler fröhlich und unverseht am Brandenburger Tor an: Sie radelten in sieben Tagen von Mannheim nach Berlin. Unterwegs gab es verschiedene Aktionen zum Motto »Rente muss fürs Leben reichen«. Die Tour mit ihren Highlights – zum Beispiel die angenagelten Thesen in Wittenberg oder das »Toilettenproblem« – findet man auf www.bw.dgb.de. **ig**



Ziel der DGB-Radtour: das Brandenburger Tor.

Foto: Michael Ebner / DGB

SCHLECHTE NACHRICHTEN

Leiharbeit wird als Druckmittel eingesetzt

Leiharbeit wird in vielen Betrieben als Druckmittel eingesetzt, um die Stammbeslegschaft und auch die Leiharbeitnehmer selbst unter Druck zu setzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Otto Brenner-Stiftung. Viele Betriebe, die Leiharbeiter beschäftigen, wollen so wenig feste

Verpflichtungen wie möglich eingehen.

Der Konkurrenzdruck zwischen Stammbeslegschaft und Leiharbeitnehmern führt dazu, dass diese zu angepassten Einzelkämpfern würden, da sie stets mit einem Bein in der Arbeitslosigkeit stehen. **sro**

Man darf seinen Chef nicht schlagen

Für Arbeitsrichter wäre der Fall Lukas Podolski klar: Der Fußballspieler müsste sofort gehen. Schließlich hat er seinem Chef, dem Kapitän in der Nationalmannschaft, Michael Ballack, eine Backpfeife verpasst. Podolski hat sich entschuldigt und die Sache ist so gut wie vergessen. Im Arbeitsleben hagelt es bei so einem Vorfall fristlose Kündigungen, das haben mehrere Arbeitsgerichte entschieden. Die Moral also: Man darf seinen Chef nicht schlagen, es sei denn man ist Profi-Fußballer. **sro**



Lukas Podolski gibt Michael Ballack eine Backpfeife.

Foto: SWR Fernsehen / dpa / pa



Europawahl: Wählen ist wichtig

Gerade Arbeitnehmer sollten am 7. Juni wählen gehen. Die Europa-Wahl ist eine Chance, die sozialen Kräfte zu stärken. Denn das Ende des radikalen Marktliberalismus ist noch längst nicht ausgemacht.

Das Europa-Logo weckt bei vielen Menschen keine Hoffnungen mehr. Brüssler Bürokratie und ein radikaler Marktliberalismus haben den Ruf der Europäischen Union (EU) ramponiert. Viele verbinden heute mit Europa vor allem weniger Arbeitnehmerrechte und mehr Markt. Doch bei allem Verständnis für Europa-skeptiker warnt zum Beispiel Armin Schild vor allem Arbeitnehmer davor, Europa den Rücken

zu kehren. »Gerade angesichts der Weltwirtschaftskrise brauchen wir ein starkes Europäisches Parlament«, betont der Bezirksleiter der IG Metall Frankfurt.

Denn für Schild ist der Zusammenbruch der Finanzmärkte noch lange nicht das Ende der liberalen Wirtschaftspolitik. »Es ist noch nicht ausgemacht, ob die Geister der Deregulierung nicht von Washington nach Brüssel ziehen.« Je nachdem wie die Wahlen

zum Europa-Parlament ausgehen, könnten sich die Treiber des freien Marktes wieder in Brüssel einrichten, fürchtet Schild.

Die Entscheidung fällt am 7. Juni. In 27 EU-Staaten wählen wir Bürger das neue Parlament. Dem Parlament werden 736 Abgeordnete angehören, 99 davon kommen wie bisher aus Deutschland. In den letzten Jahren konnte das Europa-Parlament seine Machtstellung ausbauen. Ohne das Par-

lament läuft in der Gesetzgebung nur wenig. Und einige Grausamkeiten für Arbeitnehmer konnten Gewerkschaften gemeinsam mit dem EU-Parlament verhindern.

Für Peter Scherrer, Generalsekretär des Europäischen Metallarbeiterbundes (EMB), kommt es jetzt darauf an, die politischen Kräfte zu stärken, die für ein soziales Europa eintreten. Denn allen Negativ-Nachrichten zum Trotz. Europa hat auch Menschen geholfen, in deren Ländern soziale Sicherungssysteme häufig noch fehlen, erinnert Scherrer. »Die 40-Stunden-Woche in der Landwirtschaft wurde auf europäischer Ebene durchgesetzt.«

Doch der Fortschritt ist nicht unumkehrbar. In der jetzigen Krise besteht die Gefahr, dass europäische Staaten in einen nationalen Protektionismus verfallen. »Dadurch könnten wir auf dem Weg, die Lebensverhältnisse in Europa einander anzugleichen, deutlich zurückfallen«, fürchtet Scherrer. Denn Protektionismus können sich nur finanziell starke Länder leisten. Die Schwachen würden dabei verlieren. »Bei aller Kritik dürfen wir nicht vergessen, dass wir eine relativ hohe soziale Sicherheit haben«, sagt Scherrer. »Gerade in Zeiten, in denen das alles unter Druck gerät, ist es wichtig sich in Europa einzumischen und wählen zu gehen.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

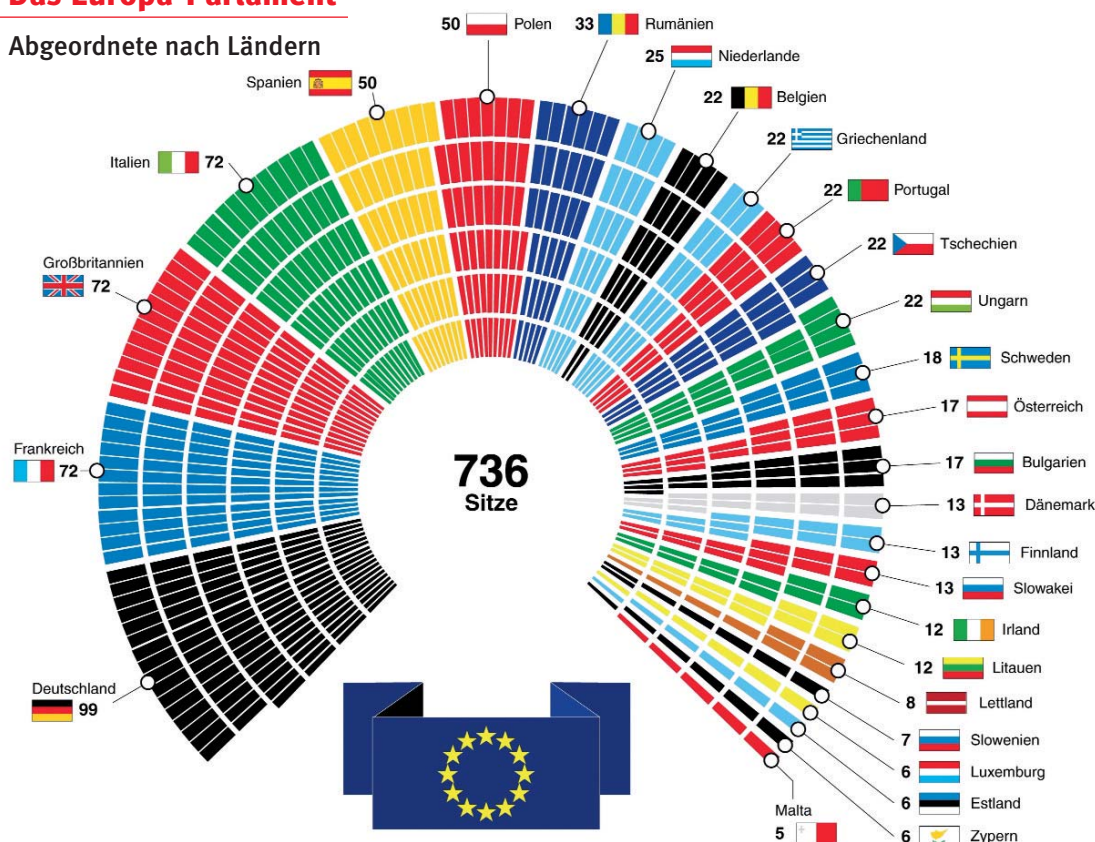
Der EMB hat ein Positionspapier zur Krise herausgegeben:

► www.emf-fem.org

→ Use the crisis as an opportunity

Das Europa-Parlament*

Abgeordnete nach Ländern



Quelle: Globus *Bei Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags vor der Europawahl am 7.6.2009 ändert sich die Zahl der Abgeordneten.

25 Jahre 35-Stunden-Woche

1984: Der größte Arbeitskampf der IG Metall

Kürzer arbeiten sichert Arbeitsplätze – nicht nur heute. Im Jahr 1984 kämpfte die IG Metall für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden in der Metallindustrie, bei gleichem Monatslohn. Sieben Wochen Streik in Baden-Württemberg und Hessen, vom 14. Mai bis zum 3. Juli 1984, mit 57 500 Streikenden. Im Gegenzug sperrten die Arbeitgeber bundesweit eine halbe Million Beschäftigte ohne Lohn aus den Betrieben aus. Doch die IG Metall hielt der Erpressung stand. Das Ergebnis: Die 35-Stunden-Woche kam schrittweise bis 1995. **de**



Foto: Karin Hill / dpa / pa

Der Streik 1984 in Text und Bild: ► www.igmetall.de/metallzeitung

Wir waren dabei

Wulf Siefert, Betriebsrat, Bosch Reutlingen:

»Wir waren 1984 sieben Wochen im Streik. Jeden Tag gab es Aktionen vor dem Tor – trotz Regen. Und wir Streikposten machten regelmäßige Werksbegehungen, um Streikbruch zu verhindern, bis alle »Rädelführer«, auch ich, per Gericht Strafen in Millionenhöhe angedroht bekamen. Zudem sollten wir nach einstweiliger Verfügung eine drei Meter breite Zufahrt freihalten. Das taten wir auch – allerdings im Zick-Zack. Mit der Vorbereitung und ersten Aktionen hatten wir schon ein Jahr zuvor begonnen. Die 35-Stunden-Woche war anfangs nicht so populär. Doch wir konnten der Belegschaft zeigen, dass die 35-Stunden-Woche Arbeitsplätze schafft – ohne Leistungsverdichtung: Beispielsweise verweigerten wir Überstunden – und hatten Anfang 1984 innerhalb weniger Wochen 230 Neueinstellungen.«

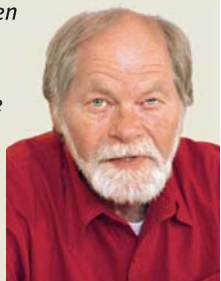


Foto: Privat

Andrea Theiß, IG Metall Herborn:

»Ich war im Frühjahr 1984 im ersten Ausbildungsjahr bei Philips in Wetzlar und dort auch frisch gewählte Jugendvertreterin, aktiv in der IG Metall und Mitglied in der Tarifkommission Hessen. Philips sperrte alle gewerblichen Beschäftigten aus – völlig überraschend. Denn eigentlich waren nur wenige im Betrieb in der IG Metall organisiert. Die meisten hätten nie damit gerechnet, dass »ihr« Arbeitgeber sie aussperrt – und waren dann ziemlich schockiert und wütend. Wir Azubis waren von der Aussperrung ausgenommen. Jedoch haben wir natürlich für die 35-Stunden-Woche argumentiert und gestritten. Bei uns haben sich alle organisierten Azubis an der Urabstimmung beteiligt. Während des Arbeitskampfes versuchte der Arbeitgeber, Azubis für Streikbrucharbeiten zu missbrauchen. Dies haben wir als Jugendvertretung verhindert. Und wir haben natürlich die ausgesperrten Kollegen unterstützt und uns an Aktionen beteiligt.«



Foto: Privat

Billigtarif in der Leiharbeit kippt

Arbeitsgericht: »Christliche« Gewerkschaft nicht tariffähig

Aus für die Billig-Leiharbeits-Tarife der »Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalservice-agenturen« (CGZP): Die CGZP darf keine Tarifverträge abschließen. Das hat das Arbeitsgericht Berlin entschieden. Die CGZP habe zu wenig Mitglieder und sei somit nicht tariffähig. Damit

folgte das Gericht einem Antrag des Landes Berlin und Verdi.

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzlar, begrüßte das Urteil: »Endlich wird den Gefälligkeitsstarifen der Christlichen Gewerkschaften ein Riegel vorgeschoben.« Die CGZP-Tarife für Leiharbeit – ab 6 Euro – liegen deutlich unter den DGB-

Tarifen. Nach dem Urteil wollen IG Metall und DGB nun Lohnnachzahlungen für Leiharbeiter durchsetzen.

Zustimmung auch aus der Kirche: Die katholische Betriebsseelsorge Bayern lobt das Urteil und distanziert sich von den »angeblich Christlichen Gewerkschaften«, die »Löhne nach unten drücken«.

Bundesarbeitsminister Scholz (SPD) wertet das Urteil als wichtigen Schritt hin zu einem Leiharbeits-Mindestlohn von 7,30 Euro. Den blockiert die Union bislang – wegen der »Christen«-Tarife. **de**

Mehr Infos zum Urteil:

► www.gleichearbeit-gleichesgeld.de



Stahl-Azubis können bleiben

Neuer Tarifvertrag bringt mehr Geld und Arbeitsplatzsicherheit.

Azubis in der Stahlindustrie müssen jetzt mindestens 24 Monate übernommen werden. Dafür sorgen neue Tarifverträge, die die IG Metall für rund 92 000 Stahl-Beschäftigte ausgehandelt hat. Darin steht außerdem, dass auch nach 2009 weiter Altersteilzeit möglich ist. Und wenn ein Betrieb wirtschaftliche Probleme hat, kann die Wochenarbeitszeit, um Entlassungen zu vermeiden, ab sofort um bis zu sieben Stunden gekürzt werden (bisher nur fünf). Alle Beschäftigten haben dann Anspruch darauf, dass ihr Arbeitgeber die entgangenen Entgelte teilweise ausgleicht. Bisher galt das nur für niedrige Löhne und Gehälter.

Es gibt auch mehr Geld. Dieses Jahr erhalten die Arbeitnehmer einmalig 350 Euro, Azubis 50 Euro. Ab Januar 2010 erhalten alle bis einschließlich August zwei Prozent mehr Lohn.

»Über die 350 Euro jubelt keiner«, berichtet Klaus Hering aus dem Bremer Stahlwerk Arcelor-Mittal über die Reaktionen im Betrieb. »Aber es sagt auch niemand: Ich hatte mehr erwartet. Wenn das Ergebnis die Teuerungsrate ausgleicht, sind wir zufrieden, meinen viele.« Und das ist gelungen.

Die Zeiten sind schlecht: Fast die Hälfte der Stahlarbeiter arbeitet kurz; die Werke sind im Schnitt nur zu 50 Prozent ausgelastet. »Sichere Arbeit hat darum momentan absolute Priorität«, sagt Hering. »Und was wir dazu wollten, haben wir durchgesetzt.«

Von 120 IG Metall-Mitgliedern, die Metaller in dem Bremer Werk zum Tarifabschluss befragten, stimmten bis auf einen alle zu. Auch die Tarifkommissionen segneten ihn mit großer Mehrheit ab.

Die Abschlüsse gelten bundesweit, außer im Saarland – dort wird im Sommer verhandelt. **syk**

IN KÜRZE

Anbieter setzen auf Atom

Die Energiekonzerne RWE, EON, Vattenfall und EnBW vernachlässigen nach wie vor den Ausbau der Erneuerbaren Energien und setzen weiter auf Atomstrom. Das Berliner Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) hat für Greenpeace herausgefunden, dass der Anteil aus Wind, Biomasse, Erdwärme und Sonne der vier Stromriesen derzeit bei nur 0,1 bis 1,7 Prozent liegt.

Die komplette Studie unter:

► www.greenpeace.de
→ Publikationen

Mehr Geld für Ost-Textiler

Für die rund 16 000 Beschäftigten in der ostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie gibt es einen neuen Tarifvertrag. Er ist fast identisch mit dem, der schon für den Westen abgeschlossen wurde. Von Juni 2009 bis Januar 2010 erhalten die Beschäftigten pro Monat 42,50 Euro, ab Februar 2010 ein Plus von 1,5 Prozent und zusätzlich 40 Euro monatlich, im Februar und März 2011 einmalig 99 Euro. Das Urlaubsgeld steigt ab 2010 um 3,65 Prozent. Aus wirtschaftlichen Gründen können die 1,5 Prozent und 42,50 Euro verschoben oder gekürzt werden – aber nur gegen eine Beschäftigungszusage.

Mehr zum Thema unter:

► www.igmetall-bbs.de

Neuen Präsidenten wählen

Auch der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, darf mitbestimmen, wer neue Bundespräsidentin oder neuer Präsident wird. Bei der Wahl am 23. Mai sind unter den 1224 Delegierten nicht nur Politiker, sondern auch Gewerkschafter, Unternehmer und sogar Handball-Bundestrainer Heiner Brand. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Deutschen Bundestages (als sogenannte geborene Mitglieder) und einer gleichen Zahl von gekorenen Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder (Landtag, Abgeordnetenhaus, Bürgerschaft) gewählt werden. Die Bundesversammlung ist die größte parlamentarische Versammlung der Bundesrepublik.

AKTUELL

RENTEN

metallzeitung: Dem Rentenversicherungsbericht des Arbeitsministeriums zufolge wird die Altersversorgung auch künftig ein hohes Niveau haben. Ist das Gerede über künftige Altersarmut folglich übertrieben?

Simone Leiber: Nein. Auch wenn Rentnerinnen und Rentner heute noch vergleichsweise gut dastehen, werden schlecht bezahlte Jobs, geringfügige Beschäftigung und Arbeitslosigkeit die künftigen Renten drücken. Zusätzlich wirken die Dämpfungsfaktoren der Rentenreformen.

metallzeitung: Wer heute 1200 Euro Rente erhält, so DGB-Prognosen, erhält in zwanzig Jahren nur noch 920 Euro.

Leiber: Das halte ich für realistisch. Das Leitbild der gesetzlichen Rentenversicherung, die Sicherung des Lebensstandards, kann heute nur noch über die Ergänzung betrieblicher und privater Versicherungen verwirklicht werden.

metallzeitung: Vielen Menschen nutzt das leider nichts.

Leiber: Richtig, dieses Drei-Säulen-System funktioniert nur begrenzt und kann Altersarmut nicht verhindern. Gerade wer eine niedrige gesetzliche Rente erhält, etwa Niedriglöhner, kann sich häufig nicht zusätzlich vorsorgen.

metallzeitung: Auch die Finanzkrise ist nicht gerade ein Plädoyer für eine private Absicherung.

Leiber: Ja, wir sehen jetzt, dass die kapitalgedeckte Alterssicherung



Simone Leiber befasst sich vor allem mit der Rentenpolitik.

Rentenreform: Sackgasse für viele

Vor zehn Jahren waren die durchschnittlichen Versichertenrenten höher als heute, in den alten und in den neuen Bundesländern. In Zukunft sollen die Renten noch weiter sinken. **metallzeitung** sprach mit Simone Leiber, die beim WSI der Hans-Böckler-Stiftung das Referat Sozialpolitik leitet.

IG Metall: Fünf-Punkte-Programm für einen Neuen Generationenvertrag

Der IG Metall-Vorstand hat ein »Fünf-Punkte-Programm« beschlossen. »Wir wollen das System grundlegend erneuern«, sagt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied. »Die Menschen müssen im Alter ausreichend abgesichert sein und die Kosten gerecht finanziert werden.« Dafür hat die IG Metall Vorschläge.

- Selbstständige, Freiberufler, Beamte und auch Parlamentarier müssen schrittweise in die Gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Die Beiträge zahlen Arbeitgeber und Beschäftigte jeweils zur Hälfte.
- Renten müssen wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung angekoppelt werden.

Zudem sind niedrige Rentenversicherungsbeiträge über Steuermittel aufzuwerten und die Grundsicherung im Alter anzuheben.

- Arbeitgeber sollen verpflichtet werden, Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung anzubieten.
- Damit flexible Ausstiegsoptionen für die Beschäftigten



Foto: Olaf Döring

metallzeitung: Die OECD kritisiert, dass die Alterseinkünfte von Geringverdienern im Verhältnis zu ihren vorherigen Verdiensten nirgendwo in Europa so niedrig sind wie in Deutschland.

Leiber: Ja, das liegt am sogenannten »Äquivalenzprinzip«. Es bewirkt, dass die Renten die Erwerbsbiografien widerspiegeln. Anders als in anderen Ländern werden »schlechte Beitragsjahre« nicht ausgeglichen.

metallzeitung: Was ist zu tun?

Leiber: Beispielsweise könnten Zeiten des Geringverdienstes aufgewertet und Renten nach Mindesteinkommen eingeführt werden – steuerfinanziert. Damit könnten auch diejenigen, die lange arbeitslos waren oder nur wenig verdient haben, über das Sozialversicherungssystem besser abgesichert werden.

metallzeitung: Hat das nicht auch NRW-Ministerpräsident Rüttgers (CDU) angeregt?

Leiber: Ja, aber mit der Vorgabe, mindestens 35 Jahre gearbeitet zu haben. Damit würden gerade diejenigen benachteiligt, die es nötig hätten, etwa Frauen. Und diejenigen, die kontinuierlich einzahlen konnten, würden bevorzugt.

metallzeitung: Gehören Beamte und Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung?

Leiber: Auf jeden Fall. Erstens ist es gerechter, wenn alle im selben System sind. Zweitens können Menschen mit häufigem Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit besser abgesichert werden.

metallzeitung: Ist die Rente mit 67 aus Ihrer Sicht akzeptabel?

Leiber: Solange keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere da sind, führt sie nur zu weiteren Härten. Sie müsste zumindest abgefedert werden. ■

metallzeitung@igmetall.de

Mehr zur Alterssicherung:

► www.igmetall.de/metallzeitung

doch mit erheblich mehr Risiken behaftet ist, als immer bekundet wurde. Insofern hoffe ich, dass die Krise auch eine Chance ist, diese Strategie noch einmal zu überdenken.

metallzeitung: Berlin betont ständig, die Gesetzliche Rentenversicherung sei solide finanziert.

Leiber: Dabei fällt mir immer der Spruch ein: Operation gelungen, Patient tot. Denn wenn Rentnerinnen und Rentner ein Altersarmutproblem bekommen, kann die Reform wohl kaum gelungen und nachhaltig gewesen sein.

gewährleistet sind, muss die Altersteilzeit weiter gefördert werden. Die Rente mit 67 ist abzuschaffen, der Zugang zur Erwerbsminderungsrente zu erleichtern.

■ Für alle Beschäftigungsverhältnisse gilt die Sozialversicherungspflicht. Parallel sind flächendeckende Mindestlöhne einzuführen.

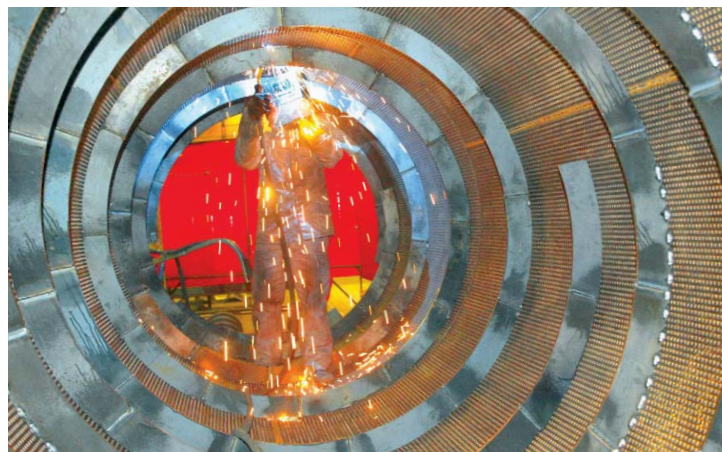


Foto: Jens Wolf / dpa / pa

Umweltanlagenbau bei Doppstadt Calbe: IG Metall im Fadenkreuz.

Metaller-Hatz geht weiter

Keine Ruhe bei Doppstadt Calbe in Sachsen-Anhalt: Betriebsrat gemobbt und gegangen, erneut Metaller fristlos gekündigt.

Fristlose Kündigung für sieben Metaller beim Umwelttechnik-Hersteller Doppstadt in Calbe. Ohne Begründung. Darunter sind vier IG Metall-Kandidaten für die kommende Betriebsratswahl. Die IG Metall hat Kündigungsschutzklagen eingereicht. Die Gekündigten wollen weiter für den Betriebsrat kandidieren.

Zudem gab es erneut Einzelgespräche, in denen Beschäftigte vor die Wahl gestellt wurden: Entweder Einzelarbeitsverträge mit Verzicht auf Tarifansprüche – oder raus mit Abfindung. Bereits im Januar war der alte Betriebsrat

geschlossen ausgeschieden, nach jahrelangen Kämpfen. Kurz zuvor war der Betriebsratsvorsitzende zusammengeschlagen worden. (**metallzeitung** berichtete).

Als »Krebsgeschwür« hat Geschäftsführer Denkewitz den Betriebsrat in der Bild-Zeitung bezeichnet. Betriebsräte und Metaller wurden durch Detektive bespitzelt, beschuldigt und fristlos gekündigt. Mit an Bord: Zahlreiche Anwälte, darunter auch der als Betriebsratskiller bekannte Anwalt Helmut Naujoks. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Lidl überwachen lohnt sich

»Lidl lohnt sich« – der Werbespruch der Discountkette stimmt zumindest für Datenschützer, die Betriebe kontrollieren. Selbst nachdem aufgedeckt worden war, dass Lidl seine Angestellten heimlich bespitzelt hat, sammelte der Konzern unverdrossen weiter, wie im April bekannt wurde: Krankendaten über Grippe, psychische Probleme von Beschäftigten, künstliche Befruchtungen und alles mögliche andere. Rechtlich genauso unzulässig wie die Bespitzelungen vorher.

Auf der eigenen Internetseite wirbt Lidl damit, »auf dem Weg nach Morgen« zu sein. Wir ahnen, was da auf die Angestellten zukommt: Implantierte Chips, elektronische Fußfesseln, DNS-Sensoren ... **syk**



Foto: Ralf Hirscheberger / dpa-ZB / pa

WIRTSCHAFTSKRISE

■ FAKT IST ...

AKTIONSPLAN SOLL ARBEIT RETTEN

Schon im Sommer könnten der Kurzarbeit größere Massenentlassungen folgen. In dieser gefährlichen Situation hat die IG Metall zurzeit vor allem ein Ziel: Jobs sichern. Sie will die Opfer der Krise, die Beschäftigten, schützen und den Brand, den die Wirtschaftskrise in vielen Betrieben entfacht hat, löschen. Ihr Aktionsplan dazu ist ein Vorschlag für eine soziale, demokratische und ökologische Zukunft.

VON SYLVIA KOPPELBERG, FABIENNE MELZER UND SUSANNE ROHMUND



Männer, unter deren Hemden sich nicht die Konturen der berühmten Unterwäsche von Schiesser abzeichnen? Kinderzimmer ohne Märklin-Eisenbahn? Sonntagskuchen ohne Rosenthal-Geschirr? Für viele Bundesbürger mit gut gefülltem Portemonnaie unvorstellbar. Bei manchen kommt da Wehmut auf. Und trotzdem könnte das passieren: Alle drei Unternehmen sind in der Insolvenz. Und sie sind keine Einzelfälle. Viele Unternehmen sind durch die globale Finanz- und Absatzkrise unverschuldet ins Schlingern geraten. Die ersten stehen schon vor dem Aus. Die Autozulieferer Edscha, Karmann, TMD Friction, der Uhrenhersteller Junghans. Es trifft 150 Jahre alte deutsche Traditionsfirmen genauso wie den erst drei Jahre alten Chiphersteller Qimonda.

Doch was die Republik zurzeit erlebt, könnte erst der Anfang sein. Auch wenn die Experten vorsichtiger mit Prognosen geworden sind: Viele rechnen damit, dass es im Sommer richtig dicke kommen könnte. Die Wirtschaftsauskunft »Creditreform« schätzt, dass dieses Jahr etwa 35 000 Firmen pleite zu gehen drohen, 18 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Die massiven Absatzeinbrüche allein in der Metall- und Elektroindustrie könnten dazu führen, dass es für über eine halbe Million Beschäftigte bis Jahresende keine Arbeit mehr gibt – wenn nicht massiv gegengesteuert wird.

Rettungsnetze. Für die Banken haben Bundes- und Landesregierungen Rettungsschirme aufgespannt. Allein 18,2 Milliarden Euro Steuergelder investierte der Staat, um eine einzige Bank, die Commerzbank, teilzuverstaatlichen. Mit 25 Prozent plus einer Aktie ist der Bund neuer Großaktionär des zweitgrößten deutschen Kreditinstituts. 290 Millionen hat die Regierung geboten, um die Hypo Real Estate zu übernehmen und so ihre Pleite abzuwenden. Mehr als drei Milliarden Euro pumpen die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in die HSH Nordbank und bewilligten ihr desweiteren zehn Milliarden als Sicherheitsgarantie.

Was bei Banken geht, die sich verzockt haben, muss auch für Unternehmen in Not gelten, die Opfer der Finanzkrise geworden sind. Auch sie brauchen einen Rettungsschirm. Gleiches Recht für alle. Schließlich ist die »Industrie ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft«, wie Berthold Huber sagt. In ihr liege das größte Potenzial der Wirtschaft und ihrer Zukunft. Geht ein Unternehmen pleite, »sind sein Wissen und Know-how ein für alle Mal verloren«. Und vor allem: die Arbeitsplätze. ■

■ WAS DIE IG METALL FORDERT

Bei einigen Unternehmen besteht die Gefahr, dass auch staatliche Bürgschaften und Kredite nicht reichen, um sie vor der Insolvenz zu retten. In diesen Fällen muss es möglich sein, dass der Staat hilft und sich zeitweise an der Firma beteiligt – bis die Absatzkrise vorbei ist. Dazu soll der Bund einen Beteiligungsfonds auflegen und mit 100 Milliarden Euro füllen, fordert die IG Metall. Firmen, an denen sich der Staat beteiligt, sollen Bedingungen erfüllen: Sie müssen ein realistisches Zukunftskonzept haben. Die Banken müssen sie für kreditwürdig halten. Eigentümer und Aktionäre sollen auf Gewinnentnahmen und Dividenden, Manager auf Boni verzichten. Wichtig ist: Das Unternehmen darf nicht betriebsbedingt kündigen, muss die Tarifverträge einhalten und Jugendliche ausbilden und sie auch übernehmen.

Von den Reichen. Mit einer Anleihe von jährlich zwei Prozent auf private Vermögen über 750 000 Euro soll der Fonds finanziert werden. Die Anleihe läuft 15 Jahre und wird nach dem Zinssatz der Europäischen Zentralbank verzinst. So eine »Zwangsanleihe« gab es schon mal: unter CDU-Kanzler Ludwig Erhard, dem »Vater der sozialen Marktwirtschaft«. ■

■ WIE ES BESSER GEHT

»Staatliche Beteiligungen sind nichts Unanständiges«, findet Klaus Franz, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Opel. Er fordert sie auch für »seinen« Autokonzern. Sie sind auch nichts Neues. Noch 1991 gehörten dem Bund 136 Firmen mindestens zu 25 Prozent. Da, wo der Staat mitmischt, sagt Franz, »ist auch am ehesten gewährleistet, dass der Betrieb die Mitbestimmungsrechte anerkennt und seine Strategie an langfristigem Erfolg und sozialen und ökologischen Kriterien ausrichtet«.

Dividende. Auch der Staat profitiert davon. Beim Salzgitter-Konzern ist Niedersachsen größter Anteilseigner. Obwohl die Gewinne 2008 um ein Drittel schrumpften, schüttete der Stahlriese 630 Millionen Euro an die Aktionäre aus. Gut ein Viertel davon füllte die Landeskasse. Im Gegensatz zu anderen Stahlkonzernen tätigt Salzgitter seine großen Investitionen statt im Ausland in Salzgitter und Peine. »Es geht nicht darum, dass der Staat alles besser macht«, sagt Hannelore Elze, Aufsichtsratsmitglied bei Salzgitter, »sondern darum, dass er sich dem Land und seinen Menschen verantwortlich fühlt.« Vor kurzem unterschrieb der Vorstand eine Erklärung: Trotz Krise will er nicht kündigen, sondern weiter investieren – und auch Azubis eine Perspektive bieten. ■

Das haben wir erreicht

Die IG Metall hat der Bundesregierung im Dezember 2008 das Positionspapier »Keine Entlassungen 2009« vorgelegt. Wesentliche Punkte daraus wurden umgesetzt:

- Erleichterungen bei Kurzarbeit
- Kurzarbeit und Qualifikation verbunden
- Umweltprämie für das Verschrotten alter Autos bei Neukauf

■ Erstes Investitionsprogramm

»Der Markt heilt sich nicht selbst. Die Politik muss handeln« – der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, fordert die Bundesregierung auf, sich den Aktionsplan genau anzuschauen.

Foto: Frank Rumpenhorst



Martin Allespach (li.) leitet die Grundsatzabteilung beim IG Metall-Vorstand, Michael Guggemos (re.) ist Koordinator der Vorstandsaufgaben.

Chance für Kurswechsel

Die Krise ist schlimm, sie ist gefährlich. Aber sie bietet eine Chance für einen Kurswechsel. Wir müssen zugreifen. Es geht darum, dass der Staat zu seiner guten Rolle zurückfindet: die des Pioniers einer sozialen, demokratischen Politik. Er muss dort investieren, wo über die Zukunft unserer Gesellschaft und Wirtschaft entschieden wird: in ökologischen Umbau, eine gute Infrastruktur, Bildung, Forschung, soziale Dienstleistungen. Natürlich kostet das Geld. Deshalb müssen hohe Einkommen und Vermögen stärker herangezogen werden, um die Bewältigung der Krise zu finanzieren und um die Grundlagen für ein gutes Leben zu gestalten.

Die neue Politik muss demokratisch sein. Mitbestimmung und Teilhabe müssen ausgebaut werden. Die Menschen wollen nicht länger Rädchen im Getriebe sein. Sie wollen über ihre eigenen Belange mitentscheiden. So lautet für uns eine der Konsequenzen aus der Krise: Wir stellen die Machtfrage in der Wirtschaft. Denn die Interessen der Beschäftigten und der Mehrheit der Gesellschaft sind in einer demokratischen Wirtschaftsordnung besser aufgehoben.

Unsere Gesellschaft muss mit sich, wir müssen mit uns einen neuen Vertrag abschließen: Es geht um eine neue Politik, die Deutschland zu einem Land macht, das demokratischer, sozialer, ökologischer und fortschrittlicher ist.

Wir Gewerkschafter werden die Chance nutzen und uns für diese neue Politik stark machen.

■ FAKT IST ...

Es ist der Satz, der seit einigen Wochen in immer kürzeren Abständen fällt. »Das gab's noch nie«, heißt es bei fast jeder neuen Hiobsbotschaft aus der Wirtschaft. Auf dem Arbeitsmarkt blieb der Frühlingsaufschwung aus. Die Wirtschaftsinstitute schrauben ihre Prognosen von Monat zu Monat nach unten und liegen mittlerweile zwischen minus 3,7 und minus 5 Prozent – das gab's noch nie. Das atemberaubende Tempo der Krise lässt Wolfgang Rhode, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Schlimmes befürchten: »Die Wirtschaft befindet sich im freien Fall. Im Vergleich zu dem, was wir heute erleben, war der Einbruch zur Jahrtausendwende ein laues Lüftchen.«

Abwärtsspirale. Bisher traten Krisen meist nur in einzelnen Regionen auf, während in anderen die Wirtschaft wuchs. Das ist diesmal anders. »Es gibt kein Land, das jetzt die Lokomotive spielen und andere Länder durch zusätzliche Nachfrage aus der Krise ziehen könnte«, sagt Rhode. Und wenn sie in den nächsten Monaten auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, könnte sie eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Denn sinkende Beschäftigung führt zu sinkender Nachfrage, was die Wirtschaftskrise weiter verschärfen könnte.

Die Schwäche Deutschlands in den vergangenen Jahren liegt vor allem an der schwachen Entwicklung des privaten Konsums und der Staatsausgaben. Auf die privaten Ausgaben entfallen rund 60 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. »Der Konsum hängt in erster Linie von der Entwicklung der Löhne und Gehälter der Beschäftigten ab«, betont Heinz Bontrup, Wirtschaftsprofessor und Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Aus der Balance. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik gibt jährlich ein Memorandum heraus. Es ist gerade erschienen. Ihre Analyse: Seit Mitte der 1990er-Jahre blieben die Reallöhne und auch die Lohnstückkosten in Deutschland jährlich um mehr als einen Prozentpunkt hinter der Entwicklung in den anderen Ländern der EU zurück. Ein weiteres Problem: Deutschland exportiert mehr Waren als es importiert. »Die dadurch zunehmenden innereuropäischen Ungleichgewichte bergen ein wachsendes Konfliktpotenzial. Und in der aktuellen Krise können sie den Zusammenhalt der Europäischen Union gefährden«, befürchten die Volkswirte der Arbeitsgruppe in ihrem Memorandum. ■

■ WAS DIE IG METALL FORDERT

»Damit die Abwärtsspirale nicht in Gang kommt, muss die Bundesregierung dringend ein Konjunkturpaket III vorbereiten«, sagt Wolfgang Rhode. Denn nur so kann sie rechtzeitig reagieren, wenn sich die Lage in den kommenden Monaten weiter verschlechtert.

Außerdem schlägt die IG Metall ein Zukunftsprogramm vor, das europaweit abgestimmt wird. Damit könnten Verkehrswege ausgebaut, die Energieversorgung auf erneuerbare Energien und schadstoffarme Kraftwerke umgestellt und Bildung und Forschung auf den neuesten Stand gebracht werden.

Und wer bezahlt das? Nicht schon wieder die Klein- und Durchschnittsverdiener – und damit die Beschäftigten. Die IG Metall schlägt eine höhere Besteuerung der Spitzeneinkommen vor. Die mittleren und unteren Einkommen sollten hingegen entlastet werden. ■

■ WIE ES BESSER GEHT

Die USA haben es vorgemacht. Als das Land Anfang der 30er-Jahre in eine tiefe Rezession stürzte und Millionen Menschen ihre Arbeit verloren, trat Präsident Theodore Roosevelt mit seinem »New Deal« an. Der gilt bis heute als Vater aller Konjunkturprogramme. Roosevelt führte eine staatliche Überwachung der Börsen ein, setzte die damalige Gewerkschaftsforderung nach einer 40-Stunden-Woche um und erhöhte die Steuern für Reiche. Der Staat investierte in Straßen, Schulen und Brücken und schaffte Arbeit für Millionen. Doch obwohl diese Investitionen den Arbeitsmarkt belebten, ist der Erfolg umstritten. Trotz enormer staatlicher Investitionen gab es auch Mitte der 30er-Jahre Millionen Arbeitslose. Eine Erklärung: Roosevelts »New Deal« ging nicht weit genug. Heute mehrten sich in den USA die Stimmen, die einen neuen »New Deal« fordern. ■

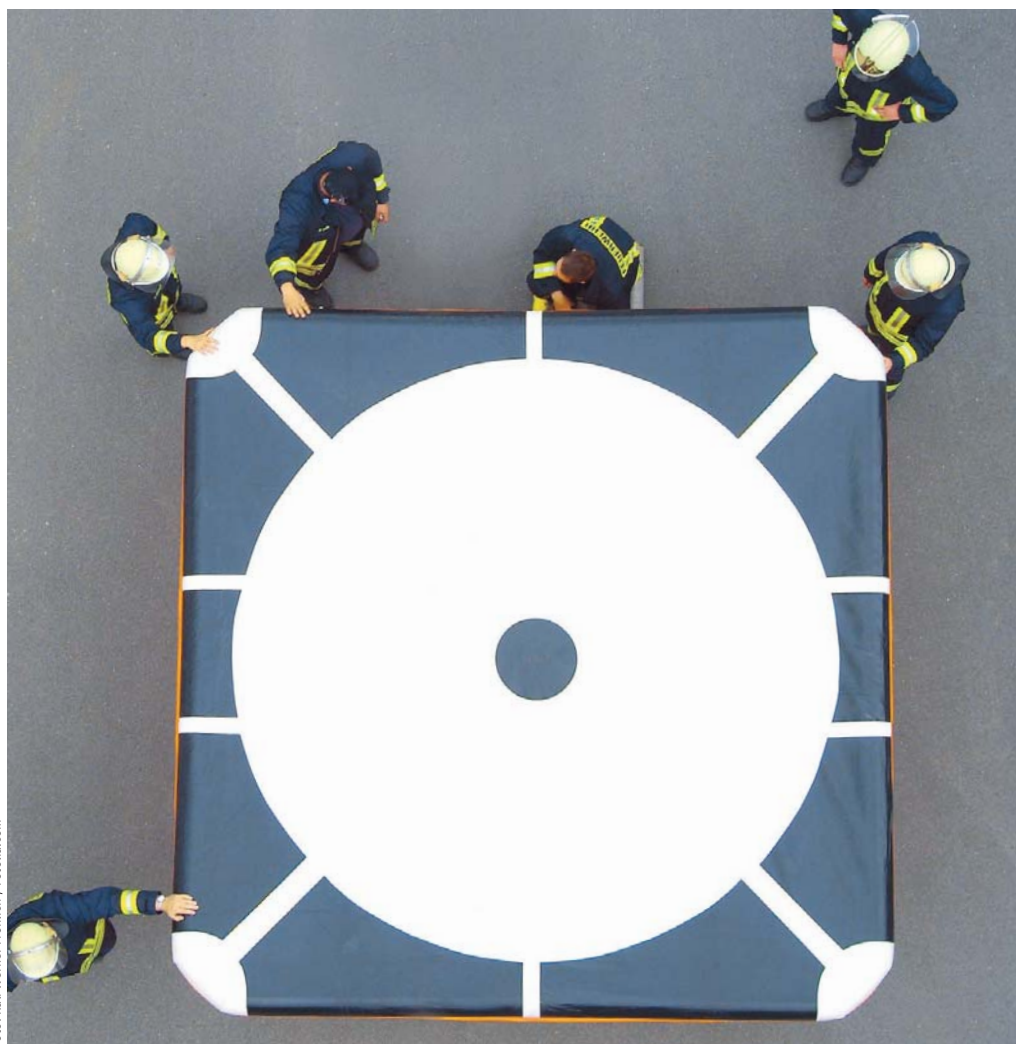


Foto: Ralf Werner Fröhlich / Fotolia.com

■ FAKT IST...

Der Glaube an zweistellige Renditen auf den Finanzmärkten schien lange Zeit unerschütterlich. Auf der Jagd nach kurzfristigen Gewinnen nahmen Banken hohe Kreditrisiken in Kauf, verpackten sie in beinahe undurchschaubare Päckchen und verkauften sie weiter. Das Spiel ging gut, solange der Markt wuchs. Doch steigende Zinsen und fallende Immobilienpreise in den USA ließen die Kreditblase platzen. Da die Risiken über die Finanzmärkte mittlerweile rund um den Globus gewandert waren, gerieten überall Banken in Schwierigkeiten. Die Folge: Die Banken trauen sich untereinander nicht mehr. Und es wird auch für Unternehmen schwieriger, Kredite zu bekommen.

Freie Fahrt für Heuschrecken. Größenwahn und teilweise auch kriminelle Energien von Bankern verursachten den Crash. Die Spekulationswelle wurde aber auch durch die Deregulierungspolitik und die Lücken bei der Finanzaufsicht erleichtert. »Es war erklärtes Ziel der rot-grünen Regierung, das Land für internationale Finanzmärkte attraktiv zu machen«, sagt Rhode. Sie baute viele Hürden auf dem Finanzmarkt ab. So öffnete beispielsweise die Schröder-Regierung Finanzinvestoren die Türen. Diese waren bis 2003 auf dem deutschen Markt nicht zugelassen. ■

■ WAS DIE IG METALL FORDERT

Damit sich solche Exzesse nicht wiederholen, will die IG Metall den Finanzmärkten strengere Zügel anlegen. Finanzinvestoren und Rating-Agenturen, die einen großen Anteil an der Krise tragen, müssen stärker kontrolliert und strengeren Regeln unterworfen werden.

Damit Kreditrisiken nicht mehr munter über den Globus wandern, sollen Banken sie nicht mehr zu 100 Prozent an Dritte weitergeben können. Künftig müssen sie für mindestens 30 Prozent des Risikos selbst haften. Besonders risikoreiche Geschäfte sollen verboten werden.

Die IG Metall fordert eine europäische Steuer auf Wertpapier- und Devisenkäufe, mindestens von ein Prozent. Das macht Spekulationen etwas unattraktiver und sorgt dafür, dass diejenigen, die die jetzige Krise mitverursacht haben, ihre Folgekosten zumindest mitfinanzieren müssen.

Kredite an Finanzinvestoren – Private Equity- und Hedge-Fonds – müssen besser abgesichert werden. Banken sollen sie mit 40 Prozent Eigenkapital unterlegen. Um Katastrophen wie die momentane in Zukunft zu verhindern, muss die Bankenaufsicht verbessert und müssen Finanzmarktprodukte durch einen Finanzmarkt-TÜV geprüft und zugelassen werden. ■

■ WIE ES BESSER GEHT

Schon in guten Zeiten zweifelte Bettina Reckert, ob die Strategie der Finanzinvestoren gut gehen kann. Als der Finanzinvestor Carlyle den Autzulieferer Edscha in Remscheid übernahm, bürdete er ihm den Kaufpreis als Kredit auf. Nun mussten mit dem jährlichen Gewinn nicht nur die enormen Renditeerwartungen des Finanzinvestors erfüllt, sondern auch die Schuldenlast getilgt werden. »Das war schon in guten Zeiten kaum zu schaffen«, sagt Bettina Reckert, die bei Edscha Betriebsratsvorsitzende ist. »Aber in der Krise ging es gar nicht mehr.« Ihr Arbeitgeber ist in der vorläufigen Insolvenz.

Schulden treiben in die Pleite. So wie Edscha ergeht es vielen Unternehmen, die von Finanzinvestoren gekauft wurden. Die enorme Schuldenlast, die ihr Käufer ihnen aufgedrückt hat, treibt sie in die Insolvenz. Bettina Reckert ist überzeugt, dass Edscha heute ohne die Schulden besser dastehen würde. Dabei macht sie Carlyle nicht einmal einen Vorwurf. »Der Gesetzgeber hat es zugelassen, sie haben nur das gemacht, was alle gemacht haben.« Viele Insolvenzen hätten wohl vermieden werden können, wenn die Politik die Zügel auf den Finanzmärkten nicht so locker gelassen hätte. Auch für Bettina Reckert steht fest: Finanzinvestoren brauchen strengere Regeln. ■



Das Motto des Mai-Feiertags:
»Arbeit für alle bei fairem Lohn«

Demos am 1. Mai und 16. Mai

»Arbeit für alle bei fairem Lohn«, so lautet in diesem Jahr das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) für den 1. Mai. Damit reagiert der DGB auf die Versuche zahlreicher Arbeitgeber, die Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen. Und auf den Trend, Löhne immer weiter nach unten zu drücken. Wo es große Demos am 1. Mai gibt, steht unter: www.dgb.de. »Die Krise bekämpfen«, unter diesem Motto rufen DGB und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) am 16. Mai zu weiteren Demonstrationen in Berlin, Brüssel, Prag und Madrid auf. Diese sind Teil der Europäischen Aktionstage des EGB. Ihr Ziel: Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen. Deshalb fordern die europäischen Gewerkschaften in ihrem Aufruf zu den Demos: »Die Krise muss nachhaltig bekämpft werden. Wir wollen einen Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen.« Die Mai-Demos sollen Druck machen, damit Beschäftigung erhalten bleibt. Viele Verwaltungsstellen bieten Fahrten zu den Demos an.



Foto: Carsten Steps / Fotolia.com

PROTESTE GEGEN KRISEN-KAHLSCHLAG

Verursacher sollen zahlen

Es geht schon wieder los: Viele Betriebe wollen die Wirtschafts- und Finanzkrise auf dem Rücken der Arbeitnehmer austragen und Beschäftigte auf die Straße setzen. Das muss aufhören, fordert die IG Metall. Metallerrinnen und Metaller machen gegen Einschnitte und Jobabbau mobil.



Foto: Ronald Wittek / dpa / pa

Heidelberger Druckmaschinen

So viele haben noch nie vor dem Sitz der Heidelberger Druckmaschinen protestiert – nämlich 6000. Erstmals kamen auch Beschäftigte anderer Standorte, von Kiel bis Amstetten, nach Wiesloch. Denn die Lage ist ernst: Heidelberger will insgesamt 5000 Arbeitsplätze abbauen und hat dafür den Zukunftssicherungstarif gekündigt. Er schloss Entlassungen bis 2012 aus.

Für den Betriebsrat ist das ein Vertrauensbruch, zumal die Beschäftigten dafür ihre Beiträge leisten. »Das war kein Schön-

wettervertrag«, sagte Gesamtbetriebsratschef Rainer Wagner, »sondern einer für Stürme und Unwetter.«

Die Banken verschärften die wirtschaftlich schwierige Situation zusätzlich, weil sie Kredite schneller zurück verlangen. »Wir sind nicht dafür da, für das Versagen der Banken die Zeche zu bezahlen«, sagte Heidelberg's IG Metall-Bevollmächtigter Mirko Geiger. Es gebe Alternativen. Kurzarbeit sei zudem deutlich billiger als ein Sozialplan und Abfindungen. ■

HEIDELBERG-BESCHÄFTIGTE GEGEN 5000 KÜNDIGUNGEN

Knapp 6000 Beschäftigte haben am 2. April gegen die Kahlschlag-Politik bei Heidelberger Druck vor dem Werk Wiesloch bei Heidelberg protestiert. Sie fordern die Einhaltung des Zukunftssicherung-Tarifvertrags, der Entlassungen beim Druckmaschinen-Weltmarktführer bis 2012 ausschließt.

Mahle, Alzenau

Ende März hielt die Alzenauer Mahle-Geschäftsführung die Zeit für reif. Auf einer Betriebsversammlung teilte sie der Belegschaft mit, der gesamte Standort müsse zum 30. Juni geschlossen werden. Unter den Beschäftigten breitete sich Totenstille aus. Nur einzelne Rufe hallten durch den Raum: »Scheiß-Kapitalisten«.

Wenig später marschierten die rund 500 Mahle-Beschäftigten durch Alzenau. »Seit Juni des vergangenen Jahres haben wir über einen Innovationsvertrag verhandelt und viele Übereinstimmungen mit der Geschäftsführung festgestellt«, klagt Betriebsratsvorsitzender Dieter Wissel an, »diese Verhandlungen

gen müssen sofort wieder aufgenommen werden.«

Inzwischen haben Metallerrinnen und Metaller eine Mahnwache eingerichtet. »Wir kämpfen für unseren Standort, Alzenau darf nicht geschlossen werden«, sagt Betriebsratsmitglied Steffen Borg. Ein erster Erfolg: Nach Protesten der IG Metall zieht die Geschäftsführung ihre Schwarzen Sheriffs samt Schäferhunden wieder ab. Sie sollten Geschäftsleitung und Maschinen absichern.

Die Region steht solidarisch auf gegen die Schließung. Woche für Woche sind Tausende bei den Demos in Alzenau dabei. Und: Die Verhandlungen laufen wieder. ■



Foto: IG Metall

Motorradkorso für die Zukunft des Mahle-Werks Alzenau am Ostersonntag



Foto: Jürgen Seidel

THYSSEN-KRUPP-BESCHÄFTIGTE GEGEN JOBABBAU

Rund 14 000 Thyssen-Krupp-Beschäftigte protestierten am 6. April in Duisburg. »Wir erwarten, dass gerade ein Unternehmen wie Thyssen-Krupp andere Antworten auf die Umsatzrückgänge entwickelt, als ein reines Sparprogramm auf Kosten der Arbeitsplätze«, mahnte Detlef Wetzell, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Arcelor, Bremen

Im Stahlwerk Arcelor Mittal, in Bremen, steht die Stimmung auf der Kippe. Die seit Dezember laufende Kurzarbeit haben alle ohne Murren geschluckt, auch wenn Geld im Portemonnaie fehlt. Aber jetzt verstärkt der Konzern den Druck und versucht ein neues Personalkonzept durchzusetzen. Verladung, Verpackung und Versand sollen ausgegliedert werden. Die Beschäftigten rechneten daher mit weniger Geld und dem Verlust sozialer Rechte. Es reicht, sagen die

Stahlwerker, Arcelor darf nicht weiter auf unserem Rücken sparen.

Anfang März veröffentlichten sie einen Offenen Brief, der die Pläne der Werksleitung heftig kritisiert. »Von uns werden immer höchste Leistung, eine hohe Flexibilität und neue Ideen verlangt. Der Dank des Unternehmens ist jetzt die Ausgliederung.« Drei Wochen später machten sie richtig ernst. 1000 Stahlwerker marschierten zur Sitzung des Aufsichtsrates. Auf einem großen Transparent war

zu lesen: »Wir zahlen die Krise nicht.« Betriebsratsvorsitzender Klaus Hering machte klar: »Eine Hütte, eine Belegschaft, der soziale Schutz ist nicht teilbar.«

Ende April haben es die Metaller bei Arcelor geschafft. Das Verhandlungsergebnis (Unterschrift stand bei Redaktionsschluss noch aus): Ausgliederung ja – doch die Beschäftigten bleiben im Arcelor-Verbund. Mit vollen Rechten, Betriebsrenten und Stahl-Tarif. Sozial abgesichert – bis zur Rente. ■

Knippschild, Rinteln

Ein kalter Morgen im März: Wütende Metaller auf dem Hof des Rintelner Baumaschinen-Zulieferers Knippschild. Sie haben die Maschinen für zwei Stunden abgestellt – nachdem sich die Geschäftsleitung klammheimlich aus dem Arbeitgeberverband verabschiedet und Lohnbestandteile einbehalten hat. Weder die 510 Euro Eimalzahlung, noch die Tarifierhöhungen von 2,1 Prozent wurden überwiesen. »Unsere Leute sollen wohl jahrelang auf Tarifierhöhun-

gen verzichten«, fürchtet der Betriebsratsvorsitzende Kurt Becker.

Gleichzeitig wurde mit neuen Arbeitsverträgen gelockt. Sie sehen 40 Wochenstunden vor. Nein danke, sagten die Beschäftigten und warfen sie zum Altpapier.

Die Krise, sagt die Geschäftsleitung, erfordere die Sparerei bei den Beschäftigten. Und warum verhandelt sie dann nicht? »Natürlich wollen wir kooperieren. Aber wenn die Geschäftsleitung nicht reagiert, führen wir auch einen

Arbeitskampf«, hat Herbert Scheibe, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Alfeld/Hameln/Hildesheim, klargestellt.

Nun hat sich die Geschäftsleitung mit der Tarifkommission aus IG Metall-Mitgliedern im Betrieb getroffen. Scheibe: »Wir mussten denen erst mal Nachhilfe im Tarifrecht geben. Die haben verstanden: So einfach geht das nicht.« Mitte Mai wird weiter verhandelt. ■

Fritz Arndt/Uli Eberhardt

Salzgitter-Konzern: Keine Entlassungen

Nach langen Verhandlungen, Versammlungen und viel politischem Druck haben Salzgitter-Beschäftigte und IG Metall erreicht: In einer »Gemeinsamen Erklärung« halten Konzernbetriebsrat und Vorstand an dem Ziel fest, betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen. Auftragseinbrüche werden über Kurzarbeit aufgefangen. Der Salzgitter-Konzern hält an geplanten Großinvestitionen fest. Die Kurzarbeitsphase soll für Qualifizierung genutzt werden. Ganz wichtig: Auch den Auszubildenden wird eine »nachhaltige Beschäftigungsperspektive« eröffnet – statt sie nach der Lehre auf die Straße zu setzen. Der Konzernbetriebsratsvorsitzende Christian Schwandt: »Unsere Erklärung zeigt, was mit solidarischem Handeln in der Krise erreicht werden kann.«

News

Continental: Ende März protestierten Tausende vor der Konzernzentrale gegen die Schließung des Standorts Stöcken.

Alcan: Mit Postkarten, Plakaten und Plaketten kämpfen die Beschäftigten gegen das Aus des Aluminium-Werks in Singen.

Anzeige

MetallRente

Betriebliche Altersvorsorge

Starke Partner. Sichere Rente.

Info unter www.metallrente.de

DIE LESER HABEN DAS WORT

Versichert bis zur Kita?

metallzeitung 4/2009, Arbeit,
»Wegeunfälle sind nicht in jedem Fall versichert«

»Bin ich auch versichert, wenn ich meinen Sohn vor der Arbeit und auf kürzestem Weg (mit dem Auto oder Motorroller) in den Kindergarten bringe und von dort aus auf direktem Weg zur Arbeit fahre?«

Stephanie Altenburg, per E-Mail

Antwort aus der Redaktion

Wir haben Deine Frage von den Sozialrechtlern beim IG Metall-Vorstand prüfen lassen. Das von Dir beschriebene Beispiel wäre ein Arbeitsunfall nach Paragraf 8, Abs. 2, Nr. 2a SGB VII (Gesetzliche Unfallversicherung). Bei einem Wegeunfall bist Du also versichert.

Aber Achtung: Es sind nur Abweichungen von bereits versicherten Wegen erfasst. Wege allein zum Bringen und zum Abholen des Kindes sind nicht versichert. Das wäre beispielsweise dann der Fall, wenn ein Versicherter das Kind zur Kita bringt und nochmals nach Hause geht. Gleiches gilt für Beschäftigte, die ihre Arbeit unterbrechen, weil sie das Kind abholen oder wegbringen.

In einem Rechtsstreit vor dem Bundessozialgericht hat eine Klägerin den Prozess verloren, weil sie, um aufsichtbedürftige Kinder abzuholen, vorübergehend ihre Arbeitsstätte verlassen hatte. BSG, Urteil vom 20. März 2007, Az.: B 2 U 19/06 R

Feingeistiges Gerede

metallzeitung 4/2009, Editorial,
»Gemeinsam für ein gutes Leben«

»Es wird Zeit, dass Eure Aktivitäten aggressiver werden. Bitte verschont uns mit Euren feingeistigen Reden. Der Laden brennt. Das soziale Gebäude bricht ein. Die Leidtragenden sind wir, die Männer und Frauen in den Betrieben. Wo bleiben Eure Antworten? Je früher wir aktiv werden, desto eher bekämpfen wir den Neoliberalismus.«

Manfred Dörr, per E-Mail

Die Gesundheitspyramide

metallzeitung 4/2009, Aktuell,
»Daimler hat Datenschutz Kranker verletzt«

»Der Artikel hat mir zu Denken gegeben. Ich arbeite seit 31 Jahren bei einem Automobilhersteller. Ich bin schwerbehindert und habe leider hohe Ausfallzeiten wegen Krankheit. Bei uns gibt es eine sogenannte Gesundheitspyramide. Sie umfasst fünf Stufen von Rückkehrgesprächen. Angeblich soll erkundet werden, ob Fehlzeiten etwas mit dem Arbeitsplatz zu tun haben. Ab der vierten Stufe (ein Gespräch durch das Personalwesen im Vorfeld arbeitsrechtlicher Sanktionen) merkt man: Es geht nur noch um Fehlzeiten. Man bekommt aus 15 Jahren aufgezählt, wie oft man doch krank war. Ob ein Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz besteht, wird gar nicht mehr gefragt. Die Pyramide dient nur der Einschüchterung. Was mit den Daten passiert, bleibt unbekannt.«

per E-Mail, Name der Red. bekannt

Wir müssen Stärke zeigen

metallzeitung 4/2009, Aktuell,
»Schutzschirm für Arbeit, Zügel für Banken«

»Ich finde es klasse, dass die IG Metall sich einmischt und auf die Politik Druck ausübt. Aber wir, die Mitglieder, müssen mehr tun. Wir müssen demonstrieren gehen und Aktionen starten – gerade jetzt, vor den Wahlen. Wir müssen auf die Straße und zeigen, dass wir stark sind. Bleibt dabei und versucht, uns allen zu helfen.

Das ist zurzeit kein leichter Job. Doch die IG Metall muss alles dafür tun, Kündigungen zu verhindern.«
Antonio Caliendo, Ingersheim

»Der »Frankfurter Appell« ist längst überfällig: Deutlich sagen, wer die Schuld an der Krise hat, und dass es so nicht weiter gehen kann. Das Problem sind nicht nur maßlose und kurzsichtige Manager, sondern auch Bürger, die selbst in der Krise die FDP wählen.«

Kurt Sommer, Hamburg

MITMACHEN**SAGT UNS EURE MEINUNG**

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbrief, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Ihr könnt uns auch über unser Service-Telefon erreichen. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der gebührenfreien Rufnummer:

0800 – 446 38 25

LESERFOTO DES MONATS

**TOBIAS BEI DER ENDKONTROLLE**

Fotografie und kreative Bildbearbeitung – unser Mitglied Wolfgang Kuhn ist da wirklich ein ambitionierter Autodidakt. Auf dem Bild sehen wir seinen Kollegen Tobias Fritsch, wie dieser gerade eine Kupplung kontrolliert. Kuhn ist angestellt bei der ZF Sachs AG in Bielefeld und beschäftigt sich in seiner Freizeit mit dem Thema künstlerische Fotografie. »Ich gebe auch gerne mein Wissen an andere weiter«, erzählt Kuhn, »denn es gibt viele, die sich die teuren Foto- und Softwarekurse nicht leisten können.« Die Redaktion findet, das ist eine tolle Idee, und wünscht weiterhin viel Erfolg.

MITMACHEN**FOTOWETTBEWERB DER IG METALL**

Schicke uns Dein Digitalfoto zum Thema: **»Mensch und Arbeit«**. Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis den Bildband »Ruhrgebiet in Echt!« mit Fotografien von Manfred Vollmer. Nähere Informationen und Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb findest Du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI CHRISTIAN MEIßNER



Christian Meißner erzählt von seinen Erfahrungen als Leiharbeiter.

Das erste Mal war krass

Menschen kann man doch nicht einfach ins Nichts entlassen, dachte Christian Meißner. Der 22-Jährige arbeitet als Leiharbeiter bei Audi in Ingolstadt. Als die IG Metall mit den Verleihern über eine Transfergesellschaft verhandelte, war er dabei.

Im Dezember ging es plötzlich los. Von einer Woche auf die andere musste Christian Meißner mitansehen, wie Kollegen aus seiner Abteilung nicht mehr wiederkamen. Seither rechnet er jeden Tag damit, der Nächste zu sein. Denn Leiharbeiter kann die Firma jederzeit nach Hause schicken. »Wenn ich heute einen Anruf kriege, brauche ich schon in der nächsten Woche nicht mehr zu kommen.«

Seit Februar 2008 arbeitet Christian als Leiharbeiter bei Audi in Ingolstadt. Und eigentlich war er froh, als er dort landete. Der 22-Jährige kommt aus Dessau. Nach seiner Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker studierte er die Stellenangebote in seiner Region. Doch mit einer Arbeit in einer freien Werkstatt wäre er nie auf einen grünen Zweig gekom-

men. »Da hätte ich 800 Euro Netto am Monatsende gehabt, und das bei 12-Stunden-Arbeitstagen.«

Dagegen war das Angebot der Leiharbeitsfirma verlockend. Denn Leiharbeiter verdienen bei Audi genauso viel wie Festange-

Schulung oder Geld

Für die Leiharbeiter bei Audi in Ingolstadt hat die IG Metall einiges erreicht. 200 werden bei ihrer Verleihfirma weiterbeschäftigt und erhalten eine verlängerte Kündigungsfrist von zwei Monaten. Rund 400 können sich in einer Transfergesellschaft qualifizieren und schulen lassen. Wer gehen will, erhält eine Abfindung von 0,3 Bruttomonatseinkommen pro Beschäftigungsjahr.

stellte. Im Sommer 2007 hatten sich IG Metall und die beiden Zeitarbeitsfirmen bei Audi darauf geeinigt, dass Leiharbeiter nach dem Tarifvertrag der bayerischen Metall- und Elektroindustrie bezahlt werden und an den Tarifierhöhungen teilnehmen. »Das klang gut«, erzählt Christian. Und schließlich hoffte er damals, dass Audi ihn übernimmt. »Aber ich kam einfach ein Vierteljahr zu spät.«

Als dann die Entlassungswelle auf die Leiharbeiter zurollte, wollte Christian nicht tatenlos zuschauen. Es ging nicht um Weiterbeschäftigung, erinnert er sich. Aber man konnte die Menschen nicht einfach ins Nichts fallen lassen. »Schließlich haben die Verleiher mit den Leuten viel Geld verdient.« Als die IG Metall mit den Leiharbeitsfirmen über eine

Transfergesellschaft verhandelte, war Christian dabei. Zum ersten Mal saß er in einer Verhandlungskommission. »Das war schon krass, um welche Summen es da geht, und wie manche Verleiher über Menschen reden.« Am Ende bekam die IG Metall die Zusage, dass 200 Leiharbeiter in eine andere Beschäftigung vermittelt werden und gut 400 bis zu viereinhalb Monate in eine Transfergesellschaft wechseln.

Das Ergebnis war schlechter, als Christian erwartet hatte. »Wir hatten gefordert, dass man bis zu einem halben Jahr in der Transfergesellschaft bleiben kann. Dennoch konnte er die Reaktion mancher Kollegen nicht verstehen. Als einige über das Ergebnis moserten, riss ihm der Geduldsfaden. »Ohne die IG Metall hättet ihr doch jetzt gar nichts.«

Für Christian ist bei Audi Ende Juli aber auf jeden Fall Schluss. Er hat sich in Dessau zur Schule angemeldet. Er will sein Abitur nachholen und danach studieren. Christian möchte weiterkommen und dazu reicht selbst ein Abschluss als Meister oder Techniker oft nicht mehr aus. Deshalb entschied er sich für ein Studium. Ob er tatsächlich noch bis Juli bei Audi ist, weiß er natürlich nicht. Denn als Leiharbeiter kann für ihn jeden Tag Schluss sein. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Anzeige

MetallRente

Dein
finanzieller
Schutz bei
Berufsunfähigkeit.

MetallRente.BU

Info unter www.metallrente.de



TELEFONAKTION VOM 6. APRIL ZUM THEMA SCHULDEN

Antworten auf Eure Fragen

Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Schulden – es kann viele Gründe geben, warum Menschen plötzlich mit weniger Geld auskommen müssen. Wenn die Einnahmen zurückgehen, müssen die Ausgaben entsprechend angepasst werden.

Frage: Mein Dispositionskredit ist seit mehreren Monaten bis zum Limit ausgeschöpft. Ab wann rechnet sich eine Umschuldung in einen Ratenkredit?

Antwort: Geliehenes Geld ist immer teuer. Wer vor hat, einen Kredit aufzunehmen, muss über die gesamte Laufzeit planen und vor allem prüfen, wie sicher das monatliche Einkommen ist.

Frage: Wie viel Kredit kann ich mir monatlich »leisten«?

Antwort: Die Kreditrate sollte höchstens bei einem Sechstel des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens liegen. Bei einem mittleren Einkommen fallen etwa 50 bis 60 Prozent für feste Ausgaben weg. Eine Familie mit zwei Kindern und einem monatlichen Nettoeinkommen von beispielsweise 3000 Euro hat also zwischen 1200 und 1500 Euro für sogenannte veränderliche Ausgaben zur Verfügung. Hiervon müssen Kosten für Lebensmittel, Bekleidung, Gesundheit und Pflege, Bus- und Bahnfahrkarten, Benzin und eventuelle Reparaturen bezahlt werden. Entsprechend knapp bemessen ist der Spielraum für die Rückzahlung. Ein Haushalt, der jeden Monat 300 Euro »über« hat, kann dieses Geld eher zur Finanzierung nutzen.

Frage: Worauf muss ich achten, wenn ein Inkassobüro Forderungen eintreibt oder eine Schuldanerkenntnis verlangt?

Antwort: Hier ist immer Vorsicht geboten! Vorformulierte Schuldanerkenntnisse oder Ratenzahlungsvereinbarung keinesfalls

ungeprüft unterschreiben. Möglicherweise werden sonst ungerechtfertigte Kosten oder bereits verjährte Forderungen anerkannt. Auch Lebenspartner nichts unterschreiben lassen. Unter Umständen müssen diese danach für Zahlungsverpflichtungen haften. Unser Rat: Briefe von Inkassounternehmen bei einer seriösen Schuldnerberatungsstelle prüfen lassen.

Frage: Ich habe Schulden bei einem Versandhaus, die ich in monatlichen Raten von 30 Euro abstottere. Ich kann für die Zahlung nicht mehr aufkommen, da ich Arbeitslosengeld II (Alg II) beziehe. Kann ich die Monatsrate halbieren?

Antwort: Zahlen Sie keine Schulden von Ihrer Grundsicherung. Stellen Sie die Zahlung komplett ein. Teilen Sie Gläubigern schriftlich mit, dass Sie zurzeit Alg II beziehen. Diese Sozialleistungen sind definitiv unpfändbar, da sie Ihren materiellen Grundbedarf abdecken. Sie müssen auch keine Pfändung befürchten, denn Gläubiger wissen in der Regel um diese Vorschriften. Oft ignorieren Gläubiger Briefe von Schuldnern. Erfahrungsgemäß hilft dann ein Schreiben von der Schuldnerberatung.

Frage: Mein Energieversorger fordert ein hohe Nachzahlung. Kann ich die Rechnung auch später zahlen?

Antwort: Wer die Stromrechnung nicht zahlen kann, teilt dies rasch seinem Energieversorger mit, und zwar schriftlich. Gleichzeitig ist zu belegen, wie die Rechnung bezahlt werden soll, beispielsweise mit dem Urlaubs- oder Weihnachtsgeld.



Welche Sozialleistung wo beantragen?

- **Ergänzendes Arbeitslosengeld II (Alg II):** Eine vierköpfige Familie (Kinder 14 und 15 Jahre, Miete 655 Euro warm) mit einem monatlichen Erwerbseinkommen von 1772 Euro netto und Kindergeld von insgesamt 328 Euro lebt unter dem Existenzminimum (anrechnungs-freie Leistungen als Hinzuverdienst sind hier berücksichtigt). Rutscht eine Familie unter dieses Minimum, hat sie – abhängig von weiterem Vermögen – Anspruch auf Alg II. Der Antrag wird bei den Arbeitsgemeinschaften (Argen) oder der Arbeitsagentur gestellt.
- **Wohngeld:** Erwerbstätige Haushalte in Geldnot, die keinen Alg-II-Anspruch haben, beantragen Wohngeld. Mieter erhalten einen Mietzuschuss. Einen Lastenzuschuss gibt es für Besitzer eines Eigenheims, und zwar für die monatlichen Belastungen plus Heizkosten. Ob und in welcher Höhe ein Anspruch besteht, ist vom Gesamteinkommen des Haushalts und dessen Größe abhängig. Für die Anträge sind die Wohngeldstellen zuständig.
- **Kinderzuschlag:** Eltern mit einem Mindesteinkommen von 900 Euro im Monat (Alleinerziehende 600 Euro) erhalten einen Zuschlag von maximal 140 Euro monatlich. Voraussetzung: Die im Haushalt lebenden Kinder sind ledig, unter 25 Jahre und für sie wird bereits Kindergeld gezahlt. Zudem darf das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen die Höchsteinkommensgrenze nicht überschreiten. Es setzt sich aus dem elterlichen Bedarf (Alg-II-Regelung) und dem prozentualen Anteil der Wohnkosten sowie dem Gesamtkinderzuschlag zusammen. Für die Anträge sind Familienkassen der Arbeitsagentur zuständig.



Foto: Frank Rumpenhorst

Ein Experte am Telefon: Klaus Müller, Schuldenberater beim Caritasverband in Frankfurt.

Frage: Ich habe Mietschulden. Wann dürfen Vermieter kündigen?

Antwort: Wer zwei Monatsmieten oder mehr schuldet, dem kann der Vermieter wegen Zahlungsverzug fristlos kündigen. Unser Rat: Das Gespräch mit dem Vermieter suchen und diesem die momentane finanzielle Situation erklären und versuchen, mit ihm eine Lösung zu finden. Schlagen Sie eine Ratenzahlung vor oder bitten Sie um einen Zahlungsaufschub. Viele Vermieter akzeptieren solche Vorschläge. Machen Sie aber nur solche Angebote, die Sie auch einhalten können. Beantragen Sie zudem beim Sozialamt die Übernahme der Mietschulden.

Frage: Meine Frau und ich erhalten Kurzarbeitergeld. Nach Abzug der Festkosten bleiben uns nur 200 Euro im Monat zum Leben ...

Antwort: Wer trotz Arbeit unter dem Existenzminimum lebt, beantragt ergänzendes Arbeitslosen-

geld II. Beschäftigte, die trotz eines geringen Einkommens nicht unter die Existenzgrenze geraten, haben einen Rechtsanspruch auf Wohngeld und sollten von diesem dringend Gebrauch machen (siehe Infobox).

Frage: Wo finde ich die nächste Schuldnerberatungsstelle?

Antwort: Beratung bieten beispielsweise das Diakonische Werk, der Caritasverband und die Arbeiterwohlfahrt. Auskunft über seriöse Schuldnerberatungsstellen erhalten Sie über das Servicetelefon des Bundesministeriums für Familie unter 01801 – 90 70 50 oder im Internet (siehe unten). ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Anschriften der Beratungsstellen und viele nützliche Infos und Tipps:

- www.meine-schulden.de
- www.forum-schuldenberatung.de
- www.familien-wegweiser.de

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

Die Neonazi-Jugend HDJ ist verboten – aber nicht tot

metallzeitung sprach mit der Journalistin Andrea Röpke, die die jetzt verbotene »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ) enttarnte.

metallzeitung: Seit 31. März ist die neonazistische HDJ verboten. Ist der Nazi-Kinderspuk mit Militärdress damit vorbei?

Andrea Röpke: Das Verbot war ein wichtiges Zeichen der Demokratie – und unerlässlich: Die HDJ fing schon an, sich auszubreiten und geschulte Nazi-Kader in Schulen, Unis und Vereinen zu platzieren. Doch die Nazi-Kinderehrerziehung wird weitergehen, in kleinen Zirkeln, im Ausland, bei der NPD-Jugend, wie nach dem Verbot der Wiking-Jugend. Darauf deuten Schriften und Äußerungen hin. Der Verfassungsschutz schätzt, dass mindestens die Kerntrope weitermacht.

metallzeitung: Sie haben viel über die HDJ aufgedeckt, wurden sogar angegriffen. Ist das Verbot auch Ergebnis ihrer Arbeit?

Röpke: Im August 2006 haben wir wir erstmals Bilder der Bildungsdressur gezeigt. Und der Angriff der HDJler auf uns in Blankenfeld – das hat Bewusstsein geweckt. Zuvor kam die HDJ kaum in Verfassungsschutzberichten vor und konnte ungestört agieren.

metallzeitung: Arbeiten die Behörden mit Ihnen zusammen?

Antwort: Die Behörden haben schon unser Material genutzt. Doch bei Recherchen wurden wir vor Ort nicht geschützt, bekamen schon mal Platzverweise – eher aus Unwissenheit der örtlichen Behörden. Das ist auch jetzt noch so. Wenige Tage nach dem Verbot habe ich einen Vortrag zur HDJ in Arnstadt gehalten. 40 Neonazis drangen dort ein. Die Polizei rückte zwei Stunden später an. Die haben das unterschätzt.

metallzeitung: Auch das Verbotungsverfahren dauerte ein halbes Jahr. Haben die Behörden geschlafen?



Foto: Mark Mülhau / atenzione

Andrea Röpke, Journalistin zum Thema Neonazis.

Röpke: Spätestens seit 2007 nicht mehr. Das Verbot musste ja juristisch abgesichert werden. Die Neonazi-Szene hat ein Riesen-Netz von Anwälten. Und die Razzien haben neues, erschütterndes aufgedeckt: Hakenkreuze, Nazi-lieder, Holocaust-Leugnung, und Hitler-Glorifizierung. Da wurde eine neue, akademisch gebildete nationalsozialistische Elite herangezogen. Eltern der Szene wurden gezielt angesprochen. Und es gibt etwa 30 000 Hardcore-Nazis, die Familien gründen. Wie müssen alle die Augen offen halten. **de**

Infos von Andrea Röpke zur HDJ:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Anzeige

MetallRente 

MetallRente.Riester

**Das Plus
für deine
Rente.**

Info unter www.metallrente.de

RECHT SO

Privates Surfen und E-Mails am Arbeitsplatz

metallzeitung: Lidl sammelt Krankendaten, die Telekom überprüft Telefonkontakte und die Deutsche Bahn liest die E-Mails ihrer Beschäftigten. Dürfen Arbeitgeber tatsächlich Informationen von Mitarbeitern sammeln und E-Mails ausspionieren?

Carsten Schuld: Der Datenschutz für Beschäftigte ist sehr mangelhaft. Technisch ist die Überwachung von Internet und E-Mail über geeignete Programme problemlos möglich. Generell muss zwischen der Überwachung von Daten und Inhalten unterschieden werden. Daten dürfen in weit größerem Maß gespeichert und kontrolliert werden als Inhalte. Denn Beschäftigte haben auch am Arbeitsplatz ein Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, wie es das Bundesverfassungsgericht nennt.

Wer seinen Computer nur dienstlich nutzen darf, dem sind Ausflüge ins Netz auch nicht während der Pausen und nach Feierabend gestattet. Rechtlich ist es Vorgesetzten erlaubt, stichprobenartig zu prüfen, ob ein Mitarbeiter Internet und E-Mail nur dienstlich genutzt hat. Der Arbeitgeber muss dazu allerdings die private Nutzung ausdrücklich untersagen und dieses Verbot auch durchsetzen. Akzeptiert oder duldet er stillschweigend die private Nutzung, muss er die so geschaffene Privatsphäre

respektieren und sogar vor Zugriffen schützen. Wenn Beschäftigten die private Nutzung von E-Mail und Internet erlaubt ist, hat der Arbeitgeber das Fernmeldegeheimnis im Sinne des Telekommunikationsgesetzes (TKG) einzuhalten.

E-Mails zu überwachen, abzufangen oder zu speichern ist für ihn dann ohne eine Erlaubnis aller Beteiligten absolut tabu.

Eine Protokollierung ohne Einwilligung darf erfolgen, wenn diese zur Datenschutzkontrolle und -sicherung oder wegen einer Abrechnung erforderlich ist. Die Nutzung zur Verhaltens- und Leistungskontrolle der Beschäftigten ist unzulässig. ■



Carsten Schuld, Jurist beim DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.

Foto: Olaf Döring

Weitere Fragen zum Datenschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.dgbrechtsschutz.de

GUTER RAT

Versteckte Steuerlast beim Kurzarbeitergeld

Kurzarbeitergeld ist steuerfrei. Doch wegen des sogenannten Progressionsvorbehalts sind Nachzahlungen möglich.



Wer eine Lohnersatzleistung bezieht, ist zur Steuererklärung verpflichtet.

Kurzarbeitergeld (Kug) ist eine Lohnersatzleistung und steuerfrei. Aber es erhöht den Prozentsatz auf die übrigen steuerpflichtigen Einkünfte. Das ist der sogenannte Progressionsvorbehalt.

Das bedeutet: Wer in einem Kalenderjahr eine Lohnersatzleistung wie Kug, Arbeitslosen- oder Krankengeld bezieht, muss möglicherweise nachträglich Steuern zahlen. Das gilt auch für das Mutterschafts-, Übergangs-, Verletzten- und Elterngeld sowie das Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld.

Haushalte, die mehr als 410 Euro Kurzarbeitergeld erhalten, müssen eine Steuererklärung abgeben.

Die Servicegesellschaft der IG Metall bietet für Mitglieder in rund 3000 Lohnsteuerberatungsstellen eine günstige Steuerberatung an. Berater vor Ort finden sich unter: www.igmservice.de. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Progressionsvorbehalt-Rechner und Infobroschüren unter:

► www.lfst.bayern.de

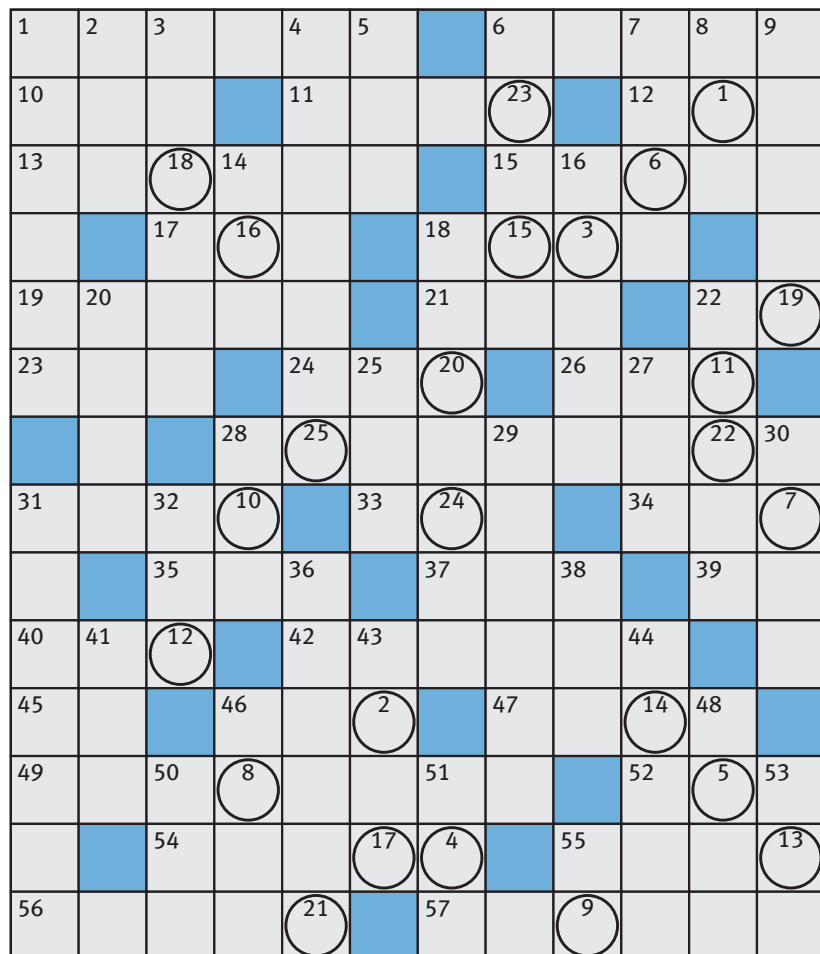
→ Download

→ Programme zur Steuerberechnung

Beispiel zum Progressionsvorbehalt

- Ein Ehepaar bezieht 2008 ein Einkommen von 16 872 Euro (Bruttolohn abzüglich aller Freibeträge, Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen) und 1534 Euro Kug.
- Die Steuerschuld für 16 872 Euro wären 248 Euro (1,47 Prozent). Das Kug wird aber für die Ermittlung des Steuersatzes hinzuge-rechnet. Damit muss jetzt der Prozentsatz für die Summe von 18 406 Euro abgeführt werden, das sind 2,75 Prozent.
- Weil das Kug aber steuerfrei ist, muss es von der zu versteuernden Summe wieder abgezogen werden. Also zahlt das Ehepaar 2,75 Prozent von 16 872 Euro, das sind 464 Euro.

RÄTSEL



Lösungswort:

1	2	3	4	5		6	7	8	9	10	11	12		13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23	24	25									

WAAGERECHT

- 1 Nordseegarnele
- 6 Verkehrslicht
- 10 kroatische Adriainsel
- 11 Fürwort
- 12 lateinisches Grußwort
- 13 achtenswert, honorig
- 15 Diener in Livree
- 17 Flüsschen in Thüringen
- 18 Dachdeckmaterial
- 19 ungarischer Komponist, † 1886 (Franz von)
- 21 Techniker (Abk.)
- 22 chemisches Zeichen für Zirkonium
- 23 griechische Göttin der Morgenröte
- 24 schneller Zug (Abk.)
- 26 Westeuropäer
- 28 Hauptstadt von Tirol
- 31 deutscher Autor † (Thomas)
- 33 griech.: neu...
- 34 17. griechischer Buchstabe
- 35 Großmacht (Abkürzung)
- 37 Lichtschutzfaktor (Abk.)
- 39 Film von Steven Spielberg
- 40 Gattin des Ägir
- 42 geistig
- 45 EDV-Begriff
- 46 Anlegemauer im Hafen
- 47 altnordischer Gott
- 49 deutscher Name eines portugiesischen Seefahrers †
- 52 Abkürzung für: mitteleuropäische Zeit
- 54 linksrheinisches Bergland
- 55 körperliche Reizleitung
- 56 Bonbonmasse am Stiel
- 57 Staat der USA

SENKRECHT

- 1 Farbiger in Brasilien
- 2 Segelquerstange am Mast
- 3 Kontrollstreifen von Kinokarten
- 4 Staatsdienerin
- 5 Euro (Abk.)
- 6 Stadt im Münsterland
- 7 Vertrag, Bündnis
- 8 biblische Urmutter
- 9 altes Saiteninstrument
- 14 Abkürzung für: Bankleitzahl
- 16 nordischer Meerriesen
- 18 gleichmäßig rinnen, fließen
- 20 US-Staat
- 22 Rechnung für Speisen und Getränke
- 25 Nachrichtensender der USA (Abkürzung)
- 27 Zufluss der Maas
- 28 kurz für: in das
- 29 Großstadt der USA
- 30 Lappenzelt
- 31 besonderes Kennzeichen
- 32 in diesem Moment
- 36 ital. Seebad
- 38 schal (süddeutsch)
- 41 Arabermantel
- 43 Zeitnot
- 44 altrömischer Grenzwall
- 46 im Längsschnitt dreieckiges Spaltgerät
- 48 Nebenfluss des Tibers
- 50 gallertartige Substanz
- 51 arktischer Meeresvogel
- 53 Behörde für Studienbewerber (Abkürzung)
- 55 Abkürzung für: Normalnull

Die Gewinner im März

Das Lösungswort:

Gute Arbeit ist machbar

Erster Preis: Eine »GuBe-Wippe – Der WIPP-Venentrainer«
Sabine Ewert, Großsolt

Zweiter Preis: Ein original Steiff-Teddy »Flynn – im Koffer«
Rafet Isler, Weiterstadt

Dritter Preis: Ein IG Metall-Fußball »Derbystar«
Sascha Ebel, Lüneburg

Einsendeschluss

23. Mai 2009

Die Preise im Mai



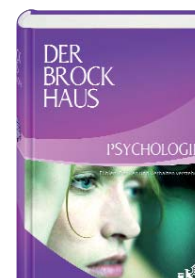
Erster Preis

Zwei Übernachtungen (inklusive Frühstücksbuffet) für zwei Personen im Steigenberger Hotel Hamburg*



Zweiter Preis

Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



Dritter Preis

Ein »Brockhaus Psychologie«

Bitte das Lösungswort unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de per

*Anreisekosten sind vom Gewinner zu tragen.

DA GEHT WAS

Solidarisch gegen Entlassungen

Der beschauliche Eindruck von Kirkel-Limbach täuscht: Die Wirtschaftskrise macht auch vor der saarländischen Gemeinde nicht Halt. Mitte März wurden dort bei den Casar Drahtseilwerken 21 Beschäftigte entlassen. Doch die Belegschaft und die IG Metall kämpfen solidarisch für den Erhalt der Arbeitsplätze durch Kurzarbeit.



Foto: Reinhard Sick

350 Metallerrinnen und Metaller demonstrieren ihre Solidarität mit 21 Entlassenen bei den Casar Drahtseilwerken in Kirkel-Limbach.

»Bisher hatte ich Solidarität noch nie selbst erlebt. Jetzt weiß ich, was das bedeutet«, betont einer der 21 Entlassenen bei Casar. Ihn trifft es besonders hart: Er hat vier kleine Kinder, die monatlichen Raten für das Haus müssen bezahlt werden. »Kündigungen zerstören Familienglück«, bringt es ein Plakat der Kundgebung auf den Punkt.

Doch die Stimmung ist nicht mutlos. Im Gegenteil. »Kein Hire-and-Fire bei Casar. Kurzarbeit statt Entlassungen«, fordern 150 Beschäftigte der Frühschicht vor dem Werksgelände. Unterstützt werden sie von 200 IG Metall-Vertrauensleuten aus Betrieben in der Region, die dem Aufruf der IG Metall Homburg-Saarpfalz gefolgt sind.

Bei Casar werden von rund 400 Beschäftigten Spezialdrahtseile hergestellt. Seit der Übernahme durch den amerikanischen Konzern Wireco im Jahr 2007 »gibt es

Ärger am laufenden Band«, empört sich der Betriebsratsvorsitzende Hans Paltz in seiner Rede. Unter anderem hat das Management versucht, die Tarifbindung zu verlassen, was jedoch verhindert werden konnte. Nach sehr erfolgreichen Jahren gingen wegen der Krise seit Anfang 2009 auch bei Casar die Aufträge zurück. Der Betriebsrat wies die Geschäftsführung eindringlich auf die Situation hin und forderte Kurzarbeit – ohne Erfolg. Hans Paltz: »Die Geschäftsführung schätzte die Lage

zwei Monate lang viel zu blauäugig ein, reagierte nicht und ließ dann die Bombe platzen.« Die Kündigungen kamen völlig überraschend für den Betriebsrat.

»Die Kollegen wurden ohne Not entlassen«, kritisiert der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Homburg-Saarpfalz, Werner Cappel. »Wie in anderen Betrieben kann auch bei Casar Kurzarbeit vereinbart werden, um Beschäftigung zu halten. Doch die Geschäftsführung hatte sich bis Mitte März

noch nicht mal über das Instrument Kurzarbeit informiert.«

Werner Cappel fordert von der Geschäftsführung, dass sie ihrer sozialen Verantwortung gerecht wird. »Es geht um die Existenz und die Zukunft von 21 Familien und ihren Kindern.«

Betriebsrat und IG Metall verhandeln weiter. Die Beschäftigten wollen weiter kämpfen.

Über die Demo bei Casar wurde in den regionalen Medien breit berichtet. Ein Radiokommentar sinngemäß: »21 Entlassungen sind in der Krise nichts besonderes. Bemerkenswert ist jedoch, dass die IG Metall in kürzester Zeit 350 Leute für eine Solidaritätsaktion mobilisieren kann.« ■

sick.reinhard@web.de

Casar: Kampf um Kurzarbeit statt Entlassungen

- Mitte März entlässt die Geschäftsführung wegen Auftragseinbruch 21 Beschäftigte. Initiativen des Betriebsrats zur Einführung von Kurzarbeit hat die Geschäftsführung abgeblockt.
- Betriebsrat und IG Metall fordern: Rücknahme der Kündigungen und stattdessen die Einführung von Kurzarbeit. 350 Beschäftigte und Metaller demonstrierten solidarisch für die 21 Entlassenen.

Aktuelle Infos zu Casar:

► www.igmetall-homburg-saarpfalz.de

DIE GUTE IDEE

Akademie der Arbeit: ein Jahr studieren

Eine kleine aber feine Adresse: Die Akademie für Arbeit in Frankfurt am Main. Hier ist ein Studium ohne Abitur möglich.

Die Akademie der Arbeit (AdA) versteht sich als wissenschaftliche Einrichtung. Politisch und gewerkschaftlich engagierte Arbeitnehmer lernen hier, wie sie ihre Rechte nutzen und mehr Mitbestimmung in ihre Betriebe bringen können. Schwerpunkte der Ausbildung sind Arbeits- und Verfassungsrecht, Ökonomie, Sozialpolitik sowie Sozialwissenschaften. Die Studenten diskutieren Beispiele zu betrieblichen Konflikten und bewerten sie auch im globalen Kontext.

Leben und Lernen an der AdA sind eins: Die Studenten, die aus allen Teilen Deutschlands kommen, wohnen während der Vorlesungswoche zusammen in der Akademie. Kantine, Bibliothek und Seminarräume sind im selben Haus. Zu den Vorlesungen ist es ein Katzensprung in eines der Gebäude der Uni Frankfurt. Die Studenten sind in der Regel Mitte bis Ende 20, haben bereits eine Ausbildung hinter sich und einige Jahre Berufserfahrung gesamt.

melt. Viele sind als Vertrauensleute oder Betriebsräte tätig und genießen die Chance, für ein knappes Jahr Student sein zu können. Nach dem Studium kehren die Studenten häufig wieder in ihre Betriebe zurück oder nehmen eine Tätigkeit für Gewerkschaften oder Verbände auf.

Noch bis zum 11. Mai können sich Interessierte für den nächsten Lehrgang melden. Im Oktober geht's dann los. Es stehen 50 Studienplätze zur Verfügung.

Gegründet wurde die Hochschule 1921. Die Nationalsozialisten lösten sie 1933 auf. 1946 nahm die Akademie ihren Lehrbetrieb mit so namhaften Dozenten wie Max Horkheimer und Carlo Schmidt wieder auf. Viele bekannte Politiker und Gewerkschafter haben dort ihre akademischen Weihen erhalten. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Die Internetseite der Akademie:
► www.akademie-der-arbeit.de

AKADEMIE DER ARBEIT //
KOMPAKTSTUDIUM –
ELF MONATE FÜR EINE
ANDERE ZUKUNFT //

Das Studium vermittelt Kenntnisse für eine Tätigkeit in Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Non-Profit-Organisationen und öffentlichen Institutionen. Es bereitet auf Aufnahmeprüfungen an Fachhochschulen und Universitäten vor. Das Studium ist kostenfrei.

STUDIENSCHWERPUNKTE

/ Rechts- und Politikwissenschaft / Wirtschaftswissenschaften / Sozialpolitik / Organisation und Management / Theoretische Grundlagen der Arbeitsbeziehungen und der Interessenvertretung / Wissenschaftliches Arbeiten, Arbeitsmethoden, Managen und Leiten

Auskunft über Studienbedingungen/-voraussetzungen und Stipendien erteilt:

AKADEMIE DER ARBEIT

T: 069. 77 20 21; ada@em.Uni-Frankfurt.de
www.akademie-der-arbeit.de

BEWERBEN

bis zum 11. Mai 2009

DAS GUTE PRODUKT



Foto: Wilkhahn

Stehhilfen: Aktives Sitzen statt schlaffes Hängen im Bürosessel

Der Name ist Programm: Stitzen statt sitzen

Rückenschmerzen? Mit dem Bürostuhl zusammengewachsen? Bewegungsmuffel? Ein Sitzmöbel schafft Abhilfe.

Was aussieht wie Hanteln sind »Stitze«. Sie heißen so, weil sie das Stehen und das Sitzen verbinden. Anders als auf einem normalen Bürostuhl muss der Körper hier kräftig mitarbeiten. Man sitzt nämlich nur halb auf dem schräg stehenden Stitz, die Beine müssen auf dem Boden stehen, um zu stabilisieren. Das ist nicht nur ein permanentes Muskeltraining, sondern auch die Durchblutung in den Beinen bleibt auf Trab, was Krampfadern und Thrombosen entgegenwirkt. Die schräge Sitzfläche kippt außerdem die Lendenwirbelsäule nach vorne, der ganze Rücken richtet sich auf.

So ein Stitz ist also eine echte Alternative zum durchgesessenen Bürostuhl, bei der Arbeit

oder zu Hause. Die Höhe der Sitzfläche kann man mit einem Hebel verstellen. Und damit Stitz nicht umfällt, falls er mal nicht »besessen« wird, hat er anstelle eines Fußes einen mit Sand gefüllten Balg.

Stitz ist ein Produkt der Firma Wilkhahn aus Bad Münster. Die 450 Mitarbeiter konnten im Februar einen Erfolg feiern: Das Unternehmen und IG Metall einigten sich auf ein internationales Rahmenabkommen (eine »Sozial-Charta«), welches die Arbeitsbedingungen an allen Standorten sichert. Davon profitieren dann auch die Wilkhahn-Zulieferer in China und in Osteuropa. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

RABATT FÜR METALLER SITZ BESTELLEN

Lust auf Stitz? Für IG Metall-Mitglieder gibt es Sonderpreise:
Stitz mit Korksitz für 409 Euro (statt 461 Euro)
Stitz mit Ledersitz für 479 Euro (statt 537 Euro)
Zu bestellen bei Wilkhahn über Telefon: 050 42-999-241 oder per E-Mail an André Sahling: andre.sahling@wilkhahn.de

IN KÜRZE

Rückenprobleme testen

Das Institut für Sozialmedizin in Lübeck hat einen Rückentest für das betriebliche Umfeld entwickelt. Der Test richtet sich an Beschäftigte in Unternehmen, Verwaltungen und Betrieben. Über den (anonymen) Online-Test lassen sich nicht nur die Risiken für mögliche Rückenschmerzen erkennen. Während des Ausfüllens des Fragebogens gibt es auch Infos und Tipps zum Thema Rücken und Rückenschmerzen. Wer sich einmal auf diese Art und Weise mit seinem Rücken beschäftigen will, nimmt sich für den Test etwa zehn bis 20 Minuten Zeit.

► www.rueckentest.de

Fragen zu Behinderungen

2005 lebten in Deutschland 8,6 Millionen Menschen mit einer Behinderung, darunter 6,7 Millionen mit einer Schwerbehinderung. Etwa 4,4 Millionen Behinderte sind im erwerbsfähigen Alter. Doch wer gilt als behindert? Was ist beim Antrag auf Feststellung einer Schwerbehinderung zu beachten? Was sind Nachteilsausgleiche und für wen gelten sie? Viele Fragen – Antworten erhalten Mitglieder auf der Internetseite der IG Metall.

► www.igmetall.de

→ Ratgeber & Bildung
→ Schwerbehinderung

An die Uni ohne Abi

Studieren ohne Abitur soll für beruflich Qualifizierte deutlich leichter werden. Nach Beschluss der Kultusministerkonferenz erhalten Meister, Techniker und Fachwirte das allgemeine Hochschulzugangsrecht, mit freier Fächerwahl, ohne Aufnahmetest. Beschäftigte mit mindestens zweijähriger Ausbildung und dreijähriger Berufspraxis können dann in ihrem Berufsgebiet studieren. Damit setzen die Kultusminister eine Forderung der Gewerkschaften um. Bislang ist der Anteil beruflich qualifizierter Studierender ohne Abitur mit 0,6 Prozent an Universitäten und 1,9 Prozent an Fachhochschulen noch gering. Die IG Metall fordert nun weitere Verbesserungen, etwa beim Teilzeitstudium.

ARBEIT

TIPPS FÜR DEN JOB

Warm, leicht und fettarm

Aus ernährungswissenschaftlicher Sicht gibt es keine pauschale Empfehlung, wann und wie viele Mahlzeiten am Tag gegessen werden sollten. Die tägliche warme Mahlzeit hat hierbei im Speiseplan – neben den typischen kalten Brotmahlzeiten – einen wichtigen Platz. Der Grund: Bestimmte Nährstoffe sind erst durch das Erhitzen der Speisen für den Körper verwertbar und verträglich, beispielsweise die Stärke in Kartoffeln. Zudem verdauen die meisten Menschen warme Speisen viel besser als kalte.

Ein männlicher Büroangestellter zwischen 25 und 51 Jahren, der sich neben der Arbeit nicht sonderlich viel sportlich betätigt, sollte etwa 2200 Kilokalorien (kcal) pro Tag aufnehmen, Frauen rund 1900 kcal.

Bei einer leichten Tätigkeit sollte das Frühstück etwa 550 kcal, die warme Mahlzeit rund 650 kcal betragen. Für Zwischenmahlzeiten kommen weitere 550 kcal hinzu.

Schwer arbeitenden Männer zwischen 25 und 51 Jahren benötigen etwa 3100 bis 3500 kcal, Frauen entsprechend zwischen 2400 und 2700 kcal pro Tag. Stahl- und Hochofenarbeit ist körperliche Schwerstarbeit. Männer benötigen etwa 4000, Frauen 3600 kcal pro Tag.

Auch wer mehr Energie braucht, achtet besser darauf, dass er diese Zusatzenergie nicht nur aus süßen oder fetten Speisen bezieht. Im Durchschnitt genügen etwa 60 Gramm Fett pro Tag. Darum lieber Pell- oder Salzkartoffeln statt Pommes sowie mageres Fleisch, Geflügel oder Fisch, statt Burger. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Die Arbeitsleistung hängt eng mit Essen und Trinken zusammen. Für Konzentration und Leistungsfähigkeit ist eine ausgewogene Ernährung unerlässlich. Doch wer im beruflichen Alltag stark gefordert ist, neigt oft zur Gedankenlosigkeit, wenn es um die eigene Ernährung geht.



Foto: prawny / istockphoto

Der Energieverbrauch

- **Frühstück:** 100 Gramm Roggenvollkornbrot haben etwa 227 kcal. In 100 Gramm Mettwurst stecken 524 kcal und 51 Gramm Fett.
- **Mittagessen:** Eine voller Teller Spaghetti Bolognese hat 700 kcal.
- **Fast Food:** Eine Portion Pommes hat 420 kcal und 17 Gramm Fett. 516 kcal und 33 Gramm Fett stecken in 150 Gramm Currywurst. In einer Apfeltasche stecken etwa 220 kcal und 12 Gramm Fett.
- **Getränke:** Eine Glas Saftschorle hat 100 kcal, ein Tasse Milchkaffee etwa 200 kcal. In 330 Milliliter Bier stecken 140 kcal.

BESSER MIT BILDUNG

Schule in der Gewerkschaft, Gewerkschaft in der Schule

In Schulen ist Gewerkschaft bislang eher ein Randthema. Doch die IG Metall kommt jetzt in die Schule – und umgekehrt.

»Was mich an Gewerkschaften interessiert?«, überlegt Raphael. »Die vertreten soziale Interessen, die ich auch teile: die Rechte von Arbeitnehmern, das soziale Umfeld.«

Raphael ist einer von 30 Schülern einer neunten Klasse des Gagn-Gymnasiums in Frankfurt am Main, die zum IG Metall-Vorstand gekommen sind, um sich zu informieren. Gewerkschaft steht bei ihnen auf dem Lehrplan – und ihr Lehrer fragte bei der IG Metall wegen eines Besuchs an.

Die Fragen der Schüler an die IG Metall-Beschäftigten sind teilweise schon sehr speziell: »Wie können sich Jugendliche in der IG Metall engagieren?«, »Wie gründe ich einen Betriebsrat?«, »Warum profitieren auch Nicht-Mitglieder von den Tarifabschlüssen der IG Metall?«, »Was tut die IG Metall für Arbeitslose?« – oder gar »Die IG Metall ist gegen Krieg – aber für Arbeit in der Rüstungsindustrie?«.

Die meisten Schüler finden Gewerkschaften wichtig: »Gerade in der Wirtschaftskrise muss jemand für Arbeitnehmer eintreten«, sagt Sophie. Einige haben auch persönliche Erfahrungen gemacht. Etwa über die Mutter, die mithilfe der

Gewerkschaft aus der Befristung in eine feste Stelle gekommen ist. Mit dem Infotag sind die Schüler zufrieden. »Ist was ganz anderes, als in der Schule.« Der nächste Besuchstag bei der IG Metall im Herbst ist schon ausgemacht.

Gewerkschaft in der Schule (GidS) heißt ein Projekt der IG Metall-Verwaltungsstelle Neustadt in der Pfalz, das genau andersherum läuft: Seit sieben Jahren kommen hier Vertrauensleute und Jugendvertreter von Daimler Wörth in die Schulklassen. Zu zweistündigen Infoveranstaltungen über die IG Metall. Und die Metaller werden immer wieder eingeladen, von immer mehr Schulen in der Region. 40 Veranstaltungen waren es seit 2002.

Kürzlich war das GidS-Team sogar in einer Berufsschule im 200 Kilometer entfernten Limburg an der Lahn, erzählt Daimler-Betriebsrat und GidS-Teamleiter Helmut Dumser. »Die Schulleitung war begeistert und hat uns für nächstes Jahr wieder eingeladen. Dazu aktivieren wir gerade Metaller vor Ort.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de



Foto: IG Metall

Kollegen der Verwaltungsstelle Neustadt/Pfalz in einer Schulkasse.

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: Mitsubishi

Das Elektroauto MiEV. MiEV steht für Mitsubishi innovative Electric Vehicle.

Elektroautos nur mit Ökostrom sinnvoll

Die Automobilindustrie forciert die Produktion serienmäßiger Elektroautos. Zur Freude der Energiekonzerne.

Das erste Elektroauto in Großserie wird in Japan gebaut: Mitsubishi will noch in diesem Jahr 2000 »i-MiEV«-Modelle für den japanischen Markt produzieren lassen. Sie sind mit Lithium-Ionen-Batterien ausgestattet, die Strom für rund 150 Kilometer erzeugen. Danach müssen die Autos sieben Stunden lang an die Steckdose. Auf diese Weise kostet der Kilometer unter drei Cent. Den Fahrzeugpreis halten die Japaner noch geheim.

Auch die deutschen Autohersteller wollen elektrische Autos in Serie – steigende Benzinpreise setzen sie unter Druck. Die Energiekonzerne sind dabei mit im Boot. Derzeit arbeiten sie gemeinsam mit der Autoindustrie

an Standards künftiger Lade-stationen. Der Energiekonzern RWE schätzt, dass bis 2020 rund 2,5 Millionen Stromer auf deutschen Straßen unterwegs sind.

Sinnvoll wäre das aber nur, wenn der Strom aus regenerativen Quellen stammt. Andernfalls würde »der Ort des Emissionsausstoßes lediglich auf die Kraftwerke verlagert«, warnt Greenpeace. Anlass der Kritik sind aktuelle Tests von Mercedes und BMW, die gerade ihre Modelle Smart und Mini testen.

Greenpeace hat die Automobilindustrie aufgefordert, lieber die herkömmlichen Verbrennungsmotoren umweltfreundlicher zu konstruieren. ■

metallzeitung@igmetall.de

MITMACHEN WIR SUCHEN PRODUKTE FÜR DEN PRÜFSTAND

Ihr kennt ein Werkzeug oder ein Material, dass es besser nicht an Eurem Arbeitsplatz geben sollte? Ihr habt gute Erfahrungen mit Produkten des Arbeitsschutzes gemacht? Ihr wollt wissen, welche Ohrstöpsel oder Sicherheitsschuhe die besten sind? Schreibt uns. Wir stellen Produkte auf den Prüfstand.

Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

SOZIALWISSENSCHAFTEN MAL ANDERS

Techniker sind durchaus zu gewinnen

In der Arbeitswelt verschiebt sich das Gewicht einzelner Berufszweige. Während der Anteil der Facharbeiter zurückgeht, wächst seit einigen Jahren die Gruppe der sogenannten höherqualifizierten technischen Experten, und unter ihnen vor allem die der Ingenieure und Informatiker. Zu dieser Gruppe zählen inzwischen gut 18 Prozent aller in der Industrie beschäftigten.

In den Ingenieurwissenschaften schaffen noch immer mehr Menschen einen Bildungsaufstieg als in anderen Studiengängen. Der Anteil der Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien ist hier deutlich höher. Doch obwohl die Absolventen der technischen Studiengänge häufiger aus Arbeiterfamilien, und damit eher aus einem traditionellen Gewerkschaftsmilieu, kommen, sind sie für Gewerkschaften noch schwer zu gewinnen. Sie gelten oft als gewerkschaftsskeptisch, wenn nicht sogar als gewerkschaftsfeindlich.

Doch dieses einfache Bild ist falsch. Unter technischen Experten gibt es eine weitaus positivere Einstellung den Gewerkschaften gegenüber, als es in der Öffentlichkeit häufig dargestellt wird. Die Absolventen dieser Studiengänge lassen sich vielmehr in drei verschiedene Gruppen einteilen.

- Zum einen gibt es die technikverliebten Tüftler. Sie denken durchaus kollegial und solidarisch, lehnen Gewerkschaften nicht ab, stehen ihnen aber kritisch gegenüber.
- Ein anderer Teil setzt mehr auf Karriere und ist Gewerkschaften gegenüber distanzierter.
- Die dritte Gruppe denkt betriebswirtschaftlich, sieht sich auf der Seite des Managements und lehnt Gewerkschaften ab. Das bedeutet, ein großer Teil dieser wachsenden Berufsgruppe interessiert sich durchaus für Gewerkschaftsideen. Viele fühlen sich längst nicht mehr als privile-

Sie gelten oft als gewerkschaftsfeindlich, junge Ingenieure und Informatiker. Zu Unrecht, sagt Michael Vester. Der Wissenschaftler hat sich in Zusammenarbeit mit der IG Metall diese wachsende Berufsgruppe näher angeschaut. Viele sind durchaus an Gewerkschaftsideen interessiert.



Michael Vester untersucht die Situation junger Arbeitnehmer.

Foto: Mark Mühlhaus/attentione

giert. Das trifft besonders auf die Generation der jungen technischen Experten zu. Sie muss vielmehr um ihre berufliche Zukunft bangen. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen hat die Ingenieursetagen erreicht. Seitdem die Konkurrenz in Indien und China wächst, stellen auch Hochqualifizierte fest, dass sie potenziell austauschbar sind und entlassen werden können. Die Gemeinsamkeiten mit den übrigen Arbeitnehmern wachsen. Dennoch

Zum Autor

Michael Vester, geboren 1939 in Berlin, ist Professor im Ruhestand an der Universität Hannover. Er forscht unter anderem zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Milieus und Bewegungen. Zuletzt veröffentlichte er: »Die neuen Arbeitnehmer, Zunehmende Kompetenzen und wachsende Unsicherheit«, VSA-Verlag, Hamburg 2007.

führt diese Erfahrung sie nicht direkt in die Gewerkschaft. Bei einigen liegt das an einer eher konservativen Einstellung, andere wiederum glauben fest daran, sie könnten Probleme am besten selbst lösen. Der Kontakt zur Gewerkschaft entsteht vor allem dort, wo die Schikanen im Betrieb zunehmen. Besonders in arbeitsrechtlichen Fragen schätzen die technischen Experten die Kompetenz der Gewerkschaften. Sie können diese Berufsgruppe durchaus überzeugen. Allerdings dauert es eben oft länger. Und es reicht nicht mehr, ihnen einfach ein Beitrittsformular zu geben. Diese Hochqualifizierten wägen oft länger ab, und sie wollen auch eine andere Art der Mitbestimmung. Sie nehmen ihre Interessen gerne selbst in die Hand und lassen sich nicht bevormunden. ■

m.vester@agis.uni-hannover.de

Vereinbarkeit zieht bei jungen Männern

Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat die Frauenecke verlassen. Besonders für junge Männer hat die Frage einen hohen Stellenwert. Zwar sind vor allem hochqualifizierte technische Experten am Anfang ihres Berufslebens sehr flexibel. Doch viele wissen: »Wenn ich eine Familie habe, brauche ich ein verlässliches Einkommen und berechenbare Arbeitszeiten.« Von den Gewerkschaften erwarten sie:

- Kompetente Ansprechpartner, etwa wenn es um die sichere Ausbildung der Kinder geht. Dabei ist das Thema Vereinbarkeit nicht auf Kinder beschränkt. Auch die Pflege von Angehörigen ist für viele wichtig.

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Transfer-Kurzarbeitergeld

Was ist, wenn sich die Auftragslage nach der Kurzarbeit nicht bessert – und Entlassungen und Absturz in die Arbeitslosigkeit drohen? Als letzter Ausweg bleibt oft nur eine Transfer-Gesellschaft.

Wenn es für Beschäftigte in ihrem Betrieb auf Dauer keine Arbeit mehr gibt, wechseln sie oft in eine von ihrem Unternehmen unabhängige »Transfergesellschaft«. Ihr bisheriges Arbeitsverhältnis endet dann, zum Beispiel durch einen Aufhebungsvertrag, und sie erhalten bis zu einem Jahr einen neuen Arbeitsvertrag mit der Transfer-Gesellschaft. Die Details des Übergangs regeln Betriebsräte mit dem Arbeitgeber. Die Transfergesellschaft bietet Bewerbertraining, berät über berufliche Chancen und Alternativen, qualifiziert (auch) für neue Tätigkeiten und hilft bei der Arbeitsuche. Das soll verhindern, dass sie arbeitslos werden. Während dieser Zeit haben die Arbeitnehmer Anspruch auf »Transfer-Kurzarbeitergeld« (Kug).

Das Transfer-Kug zahlen die Arbeitsagenturen. Es ist so hoch, dass Kinderlose auf etwa 60 Prozent ihres früheren Nettoentgelts kommen, Mütter und Väter auf 67 Prozent. Die alten Arbeitgeber stocken die Beträge in der Regel

auf. Das handeln Betriebsräte mit ihnen in den Sozialplänen aus.

Bisher dürfen die Agenturen Transfer-Kug höchstens zwölf Monate zahlen. Das steht im Sozialgesetzbuch (SGB) III. Außerdem gibt es das Geld nur, wenn die, die es bekommen, anschließend nicht auf ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren. Das soll verhindern, dass Unternehmen die Kosten für die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter der Sozialversicherung aufbürden.

Doch jetzt in der Krise gibt es in der IG Metall und im Arbeitgeberverband Gesamtmetall Stimmen dafür, das Gesetz (eine Zeit lang) zu ändern. Das Transfer-Kug soll

genutzt werden, um Beschäftigte über die Durststrecke der Krise hinaus an ihre Firmen binden zu können. Zumal der Arbeitsmarkt kaum Alternativen bietet. Darum sollen sie bis zu 24 Monate Transfer-Kug erhalten können – auch wenn sie danach in ihren alten Betrieb zurückkehren. In ihrem Aktionsplan fordert die IG Metall dies für Zeitarbeitnehmer und befristet Beschäftigte. Gesamtmetall und die IG Metall Nordrhein-Westfalen sehen darin sogar eine Lösung für alle Beschäftigten. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr zum Transfer-Kug unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Auffangnetz für Zeitarbeitnehmer

Um nicht entlassen zu werden, sollen sich Zeitarbeitnehmer und befristet Beschäftigte bis zu 24 Monate lang qualifizieren können, in dieser Zeit Transfer-Kurzarbeitergeld erhalten und danach wieder an den alten Arbeitsplatz zurückkehren können. Das fordert der Aktionsplan der IG Metall, nachzulesen unter:

► www.igmetall.de

Niedrige Frauenlöhne

Vollzeitbeschäftigte Frauen in den alten Bundesländern verdienen im Schnitt 24 Prozent weniger als Männer, belegt erneut eine aktuelle Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit. Dabei wirkt sich die unterschiedliche Berufswahl längst nicht so gravierend aus wie bisher vermutet. Die Studie belegt, dass selbst in gleichen Berufen Frauen rund 21 Prozent weniger als Männer verdienen. Sind sie auch noch gleich alt und gleichermaßen ausgebildet, kommt das IAB immer noch auf eine Differenz von zwölf Prozent. Fazit des Instituts: »Die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern hat sich gegenüber dem Stand von vor 15 Jahren kaum verändert.«

Auch im EU-Vergleich schneidet Deutschland schlecht ab. Denn alle Länder, in denen die Lohnunterschiede 1995 gravierend waren, konnten die Ungleichheit verringern – außer Deutschland. Das IAB führt dies auch auf den wachsenden Niedriglohnsektor zurück. Frauen werden sehr häufig mit Dumpinglöhnen abgespeist.



DAS LETZTE

